

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Vereinbarung vom 20. April 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit

A. Problem und Ziel

Die bestehende deutsch-quebecische Vereinbarung vom 14. Mai 1987 (BGBl. 1988 II S. 26, 51) geht auf die besonderen innerstaatlichen Verhältnisse in Kanada zurück und trägt der eigenständigen beitragsbezogenen Rentenversicherung (Quebec Pension Plan) in Quebec Rechnung. Auf deutscher Seite ist der sachliche Geltungsbereich identisch zum Abkommen mit Kanada und erfasst in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland die Rechtsvorschriften über die Rentenversicherung, die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung, die Alterssicherung der Landwirte sowie die Arbeitslosenversicherung. Die Unfallversicherung ist bisher nicht einbezogen.

Die vorliegende neue Vereinbarung soll die bestehende Vereinbarung ablösen. Ziel hierbei ist neben den erforderlichen Anpassungen an das durch das Zusatzabkommen vom 27. August 2002 (BGBl. 2003 II S. 666, 667) modifizierte deutsch-kanadische Abkommen vom 14. November 1985 über Soziale Sicherheit (BGBl. 1988 II S. 26, 28) vor allem die Einbeziehung der Unfallversicherung in den sachlichen Geltungsbereich der Vereinbarung. Im Verhältnis zu Kanada war es seinerzeit zu keiner Einbeziehung der gesetzlichen Unfallversicherung in den sachlichen Geltungsbereich des deutsch-kanadischen Abkommens über Soziale Sicherheit gekommen, weil die Gesetzgebungskompetenz für die Unfallversicherung bei den einzelnen kanadischen Provinzen liegt. Es gab und gibt in Kanada keine bundeseinheitliche Unfallversicherung, sondern verschiedene Systeme in den kanadischen Provinzen. Folglich kann die Unfallversicherung mangels Zuständigkeit der kanadischen Bundesbehörden nicht in den sachlichen Geltungsbereich des deutsch-kanadischen Abkommens über Soziale Sicherheit aufgenommen werden. Artikel 26 des deutsch-kanadischen

Abkommens ermöglicht es aber, dass die Bundesrepublik Deutschland und eine Provinz Kanadas Vereinbarungen im Bereich der Sozialen Sicherheit abschließen können, soweit diese in die Zuständigkeit der Provinz fallen und soweit die Vereinbarungen nicht den Bestimmungen des Abkommens widersprechen.

Die Einbeziehung der gesetzlichen Unfallversicherung in den sachlichen Geltungsbereich der Vereinbarung führt unter anderem zur Vermeidung von Versicherungen sowohl in Deutschland als auch in Quebec. Eine solche Doppelversicherung und damit eine doppelte Beitragsbelastung werden dadurch vermieden, dass die in das andere Land entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allein den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei, in der Regel denen des Heimatstaats, unterliegen. Durch die Einbeziehung der gesetzlichen Unfallversicherung gilt dies künftig auch für diesen Bereich, in dem die Arbeitgeber die Beiträge alleine zu tragen haben. Insbesondere für deutsche Arbeitgeber, die in der Provinz Quebec mit Personal aus Deutschland tätig sind, wird dies zu einer deutlichen Beitragsentlastung führen.

Des Weiteren werden künftig vor allem entsandte Personen berechtigt sein, aushilfsweise Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften des Aufenthaltsgebiets in Anspruch zu nehmen. Für die betroffenen Personen bedeutet dies in der Praxis eine einfachere und schnellere Abwicklung ohne in Vorleistung treten zu müssen, und für die zuständigen Träger der gesetzlichen Unfallversicherung ergeben sich daraus deutlich günstigere Tarife.

B. Lösung

Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz werden die innerstaatlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation geschaffen.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Durch die Umsetzung dieses Gesetzes entstehen keine zusätzlichen Kosten im Verwaltungsaufwand.

E. Sonstige Kosten

Keine nennenswerten Auswirkungen auf die Haushalte der Sozialversicherungsträger.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch die Vereinbarung nicht zu erwarten.

F. Bürokratiekosten

Es werden keine Informationspflichten für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger oder die Verwaltung eingeführt, verändert oder abgeschafft.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, *A.* Oktober 2010

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Vereinbarung vom 20. April 2010 zwischen der
Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec
über Soziale Sicherheit

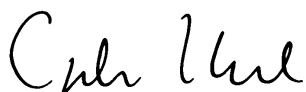
mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Der Bundesrat hat in seiner 874. Sitzung am 24. September 2010 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf**Gesetz
zur Vereinbarung vom 20. April 2010
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Quebec
über Soziale Sicherheit****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden in Quebec am 20. April 2010 unterzeichneten zwischenstaatlichen Übereinkünften wird zugestimmt:

1. der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit,
2. der Vereinbarung zur Durchführung der Vereinbarung vom 20. April 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit (Durchführungsvereinbarung).

Die Vereinbarungen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung der Vereinbarung sowie Änderungen der in Artikel 1 Nummer 2 genannten Durchführungsvereinbarung in Kraft zu setzen. Im Übrigen wird die Bundesregierung ermächtigt, die zur Durchführung der Vereinbarung erforderlichen innerstaatlichen Regelungen zu treffen. Dabei können zur Anwendung und Durchführung der Vereinbarung insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den mit der Durchführung der Vereinbarung befassten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in der Vereinbarung genannter Stellen und Behörden.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 29 Absatz 1 und die Durchführungsvereinbarung nach ihrem Artikel 12 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Vereinbarungen ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 und 6 des Grundgesetzes erforderlich, da die Vereinbarungen, die innerstaatlich in Geltung gesetzt werden, Verfahrensregelungen enthalten, die insoweit für abweichendes Landesrecht keinen Raum lassen.

Zu Artikel 2

Mit dieser Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung der Vereinbarung zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten, um die Inkraftsetzung von Änderungen der Durchführungsvereinbarung vom 20. April 2010 oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 29 Absatz 1 sowie die Durchführungsvereinbarung nach ihrem Artikel 12 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Es ergeben sich keine nennenswerten Auswirkungen auf die Haushalte der Sozialversicherungsträger.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch die Vereinbarungen nicht zu erwarten.

Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Quebec
über Soziale Sicherheit

Entente
en matière de sécurité sociale
entre le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le gouvernement du Québec

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung von Quebec –

in dem Wunsch, ihre Beziehungen zu festigen, und entschlossen,
die Koordination ihrer Rechtsvorschriften im Bereich der
Sozialen Sicherheit auszubauen –

haben Folgendes vereinbart:

Teil I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

(1) In dieser Vereinbarung bedeuten die Ausdrücke:

1. „Hoheitsgebiet“
 - a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
deren Hoheitsgebiet,
 - b) in Bezug auf Quebec
das Hoheitsgebiet von Quebec;
2. „Staatsangehöriger“
 - a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die
Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in Bezug auf Quebec
einen kanadischen Staatsangehörigen, der den Rechts-
vorschriften von Quebec unterliegt oder unterlegen hat;

Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et
le gouvernement du Québec –

Désireux de renforcer leurs relations et résolu à étendre la
coordination de leurs législations en matière de sécurité sociale –

sont convenus des dispositions suivantes:

Titre premier

Dispositions générales

Article 1^{er}

Définitions

(1) Dans la présente Entente, les expressions suivantes signi-
fient:

1. «territoire»:
 - a) relativement à la République fédérale d'Allemagne,
son territoire;
 - b) relativement au Québec,
le territoire du Québec;
2. «ressortissant»:
 - a) relativement à la République fédérale d'Allemagne,
un Allemand au sens de la Loi fondamentale de la Répu-
blique fédérale d'Allemagne;
 - b) relativement au Québec,
un citoyen canadien qui est soumis ou a été soumis à la
législation du Québec;

3. „Rechtsvorschriften“
- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
die Gesetze, Verordnungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beziehen,
- b) in Bezug auf Quebec
die Gesetze und die Verordnungen, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit von Quebec beziehen;
4. „zuständige Behörde“
- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
das Bundesministerium für Arbeit und Soziales,
- b) in Bezug auf Quebec
der Minister, dem die Anwendung der Rechtsvorschriften von Quebec obliegt;
5. „Träger“
- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
die Einrichtung oder die Behörde, der die Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland obliegt,
- b) in Bezug auf Quebec
das Ministerium oder die Einrichtung, dem bzw. der die Anwendung der Rechtsvorschriften von Quebec obliegt;
6. „zuständiger Träger“
- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
den Träger, dem im Einzelfall die Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland obliegt,
- b) in Bezug auf Quebec
das Ministerium oder die Einrichtung, dem bzw. der im Einzelfall die Anwendung der Rechtsvorschriften von Quebec obliegt;
7. „Versicherungszeiten“
- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
Beitragszeiten, die nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland als Versicherungszeiten bestimmt oder anerkannt sind, sowie ähnliche Zeiten, soweit sie in diesen Rechtsvorschriften als den Versicherungszeiten gleichwertig anerkannt sind,
- b) in Bezug auf Quebec
jedes Jahr, für das nach den für das Rentensystem von Quebec (Régime de rentes du Québec) geltenden Rechtsvorschriften von Quebec Beiträge entrichtet worden sind oder eine Invalidenrente gezahlt worden ist, oder jedes sonstige als gleichwertig anerkannte Jahr;
8. „Geldleistung“
eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Erhöhungen.
- (2) Ausdrücke, deren Bedeutung in Absatz 1 nicht bestimmt ist, haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften haben.
3. «législation»:
- a) relativement à la République fédérale d'Allemagne,
les lois, règlements et autres actes législatifs concernant les branches de sécurité sociale de la République fédérale d'Allemagne visées au numéro 1 du paragraphe 1 de l'article 2;
- b) relativement au Québec,
les lois et règlements concernant les branches de sécurité sociale du Québec visées au numéro 2 du paragraphe 1 de l'article 2;
4. «autorité compétente»:
- a) relativement à la République fédérale d'Allemagne,
le ministère fédéral du Travail et des Affaires sociales;
- b) relativement au Québec,
le ministre chargé de l'application de la législation du Québec;
5. «institution»:
- a) relativement à la République fédérale d'Allemagne,
l'organisme ou l'autorité chargé de l'application de la législation de la République fédérale d'Allemagne;
- b) relativement au Québec,
le ministère ou l'organisme chargé de l'application de la législation du Québec;
6. «institution compétente»:
- a) relativement à la République fédérale d'Allemagne,
l'institution chargée dans chaque cas particulier de l'application de la législation de la République fédérale d'Allemagne;
- b) relativement au Québec,
le ministère ou l'organisme chargé dans chaque cas particulier de l'application de la législation du Québec;
7. «périodes d'assurance»:
- a) relativement à la République fédérale d'Allemagne,
les périodes de cotisation déterminées ou reconnues comme une période d'assurance en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne ainsi que les périodes similaires dans la mesure où elles sont reconnues comme équivalentes aux périodes d'assurance en vertu de cette législation;
- b) relativement au Québec,
toute année à l'égard de laquelle des cotisations ont été payées ou une rente d'invalidité a été versée en vertu de la législation relative au Régime de rentes du Québec ou toute autre année considérée comme équivalente;
8. «prestation en espèces»:
une pension ou une autre prestation en espèces, y compris toute majoration.
- (2) Tout terme non défini au paragraphe 1 a le sens qui lui est donné dans la législation applicable.

Artikel 2**Sachlicher Geltungsbereich**

(1) Soweit nichts anderes bestimmt ist, bezieht sich diese Vereinbarung

1. in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
auf die Rechtsvorschriften über die

Article 2**Champ d'application matériel**

(1) Sauf disposition contraire, la présente Entente s'applique:

1. relativement à la République fédérale d'Allemagne,
à la législation concernant:

- a) Rentenversicherung,
 - b) hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
 - c) Alterssicherung der Landwirte,
 - d) Unfallversicherung;
2. in Bezug auf Quebec
auf die Rechtsvorschriften über die
- a) Rentenversicherung von Quebec (Régime de rentes du Québec),
 - b) Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten.

(2) Soweit nichts anderes bestimmt ist, umfassen die Rechtsvorschriften im Sinne dieser Vereinbarung nicht die Bestimmungen, die sich für eine der Vertragsparteien aus Übereinkünften mit einem dritten Staat oder aus überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen.

(3) Diese Vereinbarung gilt, vorbehaltlich der Nummer 1 Buchstabe e des Schlussprotokolls zur Vereinbarung, auch für Gesetze, Verordnungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, soweit sie die Rechtsvorschriften der Vertragsparteien ändern, ergänzen oder ersetzen.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Soweit nichts anderes bestimmt ist, gilt diese Vereinbarung für

1. Staatsangehörige einer Vertragspartei,
2. Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,
3. Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,
4. andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einer unter den Nummern 1 bis 3 genannten Person ableiten,
5. Staatsangehörige eines anderen Staates als dem einer Vertragspartei, soweit sie nicht zu den unter Nummer 4 genannten Personen gehören.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Soweit diese Vereinbarung nichts anderes bestimmt, stehen die in Artikel 3 Nummern 1 bis 4 bezeichneten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der einen oder anderen Vertragspartei aufhalten, bei Anwendung der Rechtsvorschriften einer Vertragspartei deren Staatsangehörigen gleich.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei werden den Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsparteien aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort aufhaltenden Staatsangehörigen der ersten Vertragspartei.

Artikel 5

Nichtanwendung von Wohnortklauseln

Soweit diese Vereinbarung nichts anderes bestimmt, gelten die Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei, nach denen Ansprüche auf Leistungen oder die Zahlung von Leistungen vom Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei abhängen, nicht für die in Artikel 3 Nummern 1 bis 4 genannten Personen,

- a) l'Assurance pension (Rentenversicherung);
 - b) l'Assurance pension supplémentaire des travailleurs de la sidérurgie (hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung);
 - c) la Sécurité de vieillesse des agriculteurs (Alterssicherung der Landwirte);
 - d) l'Assurance accidents (Unfallversicherung);
2. relativement au Québec,
à la législation concernant:
- a) le Régime de rentes du Québec;
 - b) les accidents du travail et les maladies professionnelles.

(2) Sauf disposition contraire, la législation au sens de la présente Entente ne comprend pas les dispositions résultant pour une des Parties contractantes des accords conclus avec un État tiers ou d'une législation supranationale ni les dispositions adoptées pour en assurer l'application.

(3) La présente Entente s'applique également, sous réserve de l'alinéa e) du numéro 1 du Protocole final à l'Entente, à toute loi, règlement et autre acte législatif dans la mesure où ils modifient, complètent ou remplacent la législation des Parties contractantes.

Article 3

Champ d'application personnel

Sauf disposition contraire, la présente Entente s'applique:

1. aux ressortissants de chaque Partie contractante;
2. à toute personne réfugiée telle que définie à l'article 1^{er} de la Convention relative au statut des réfugiés du 28 juillet 1951 et du Protocole du 31 janvier 1967 à cette Convention;
3. à toute personne apatride telle que définie à l'article 1^{er} de la Convention relative au statut des personnes apatrides du 28 septembre 1954;
4. à toute autre personne en ce qui concerne les droits acquis du chef d'une personne visée aux numéros 1 à 3 du présent article;
5. aux ressortissants d'un autre État que celui d'une Partie contractante dans la mesure où ils ne font pas partie des personnes visées au numéro 4 du présent article.

Article 4

Égalité de traitement

(1) Sauf disposition contraire de la présente Entente, les personnes visées aux numéros 1 à 4 de l'article 3 qui résident sur le territoire de l'une ou l'autre des Parties contractantes reçoivent, dans l'application de la législation d'une Partie contractante, le même traitement que les ressortissants de cette Partie contractante.

(2) Les ressortissants d'une Partie contractante qui résident ou séjournent hors du territoire des deux Parties contractantes reçoivent les prestations prévues par la législation de l'autre Partie contractante dans les mêmes conditions que celles qu'elle applique à ses ressortissants résidant ou séjournant hors du territoire des deux Parties contractantes.

Article 5

Non-application des dispositions relatives à la territorialité

Sauf disposition contraire de la présente Entente, la législation de l'une des Parties contractantes qui subordonne les droits aux prestations ou le versement des prestations à la condition que la personne intéressée réside ou séjourne sur le territoire de cette Partie contractante n'est pas applicable aux personnes visées

die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten.

Artikel 6

Territorialitätsprinzip

Vorbehaltlich der Artikel 7 bis 10 gelten für eine Person allein die Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie erwerbstätig ist.

Artikel 7

Entsendung

Wird ein Arbeitnehmer, der im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei entsandt, um dort eine Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten in Bezug auf diese Beschäftigung während der ersten sechzig Kalendermonate der Beschäftigung im Hoheitsgebiet der zweiten Vertragspartei weiterhin allein die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei als wäre er noch in deren Hoheitsgebiet beschäftigt.

Artikel 8

Seeleute

Würden für eine Person, die Mitglied der Besatzung eines Seeschiffs ist, ohne diesen Artikel die Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien gelten, so gelten in Bezug auf diese Beschäftigung allein die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, wenn das Schiff berechtigt ist, die Flagge der Bundesrepublik Deutschland zu führen; in allen anderen Fällen gelten für die Person die Rechtsvorschriften von Quebec.

Artikel 9

Beschäftigte bei öffentlichen Arbeitgebern

(1) Wird eine Person, die Staatsangehörige einer Vertragspartei ist, von dieser oder einem anderen öffentlichen Arbeitgeber dieser Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei beschäftigt, so gelten für sie vorbehaltlich des Absatzes 2 in Bezug auf diese Beschäftigung allein die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei.

(2) Hat eine in Absatz 1 genannte Person sich vor Beginn der Beschäftigung für eine Vertragspartei oder einen anderen öffentlichen Arbeitgeber dieser Vertragspartei gewöhnlich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufgehalten und hält sie sich weiterhin dort gewöhnlich auf, so gelten für sie in Bezug auf diese Beschäftigung deren Rechtsvorschriften. Sie kann innerhalb von sechs Monaten nach Beginn dieser Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tag der Erklärung an.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für eine Person, die von einer in Absatz 1 genannten Person beschäftigt wird.

Artikel 10

Vereinbarung von Ausnahmen

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag der selbstständig erwerbstätigen Person können die zuständigen Behörden oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen von den Artikeln 6 bis 9 abweichen, unter der Voraussetzung, dass für die betreffende Person die Rechtsvorschriften einer der Vertragsparteien gelten. Hierbei sind die Art und die Umstände der Beschäftigung zu berücksichtigen.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind.

aux numéros 1 à 4 de l'article 3 qui résident ou séjournent sur le territoire de l'autre Partie contractante.

Article 6

Principe de territorialité

Sous réserve des articles 7 à 10, une personne n'est soumise qu'à la législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle elle travaille.

Article 7

Détachement

Lorsqu'une personne salariée employée sur le territoire de l'une des Parties contractantes est détachée, dans le cadre de cet emploi, par son employeur sur le territoire de l'autre Partie contractante afin d'y effectuer un travail pour cet employeur, elle demeure, en ce qui a trait à son emploi, soumise à la seule législation de la première Partie contractante pendant les soixante premiers mois civils de son emploi sur le territoire de la deuxième Partie contractante comme si elle était encore employée sur le territoire de la première Partie contractante.

Article 8

Gens de mer

Lorsque, n'eût été le présent article, une personne, membre de l'équipage d'un navire, aurait été soumise aux législations des deux Parties contractantes, cette personne n'est soumise, en ce qui a trait à cet emploi, qu'à la législation allemande, si le navire est autorisé à battre pavillon de la République fédérale d'Allemagne; dans tous les autres cas, la personne est soumise à la législation du Québec.

Article 9

Employés du secteur public

(1) Tout ressortissant d'une des Parties contractantes qui est employé par celle-ci ou par un autre employeur du secteur public de cette Partie contractante sur le territoire de l'autre Partie contractante est soumis, sous réserve des dispositions du paragraphe 2, à la seule législation de la première Partie contractante en ce qui a trait à cet emploi.

(2) Toute personne visée au paragraphe 1 du présent article qui, avant le début de son emploi pour une Partie contractante ou pour un autre employeur du secteur public de cette Partie contractante, résidait sur le territoire de l'autre Partie contractante et continue à y résider est soumise à la législation de cette dernière Partie contractante, en ce qui a trait à cet emploi. Elle peut opter, dans un délai de six mois à compter du début de cet emploi, pour l'application de la législation de la première Partie contractante. L'option doit être notifiée à l'employeur. La législation choisie s'applique alors à partir de la date de la notification.

(3) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent par analogie à toute personne employée par une personne visée au paragraphe 1 du présent article.

Article 10

Entente sur les exceptions

(1) Sur demande conjointe de la personne salariée et de son employeur ou sur demande de la personne qui travaille pour son propre compte, les autorités compétentes ou les organismes désignés par ces dernières peuvent, d'un commun accord, déroger aux dispositions des articles 6 à 9, pourvu que la législation de l'une des Parties contractantes s'applique à la personne intéressée. Dans ce cas, il sera tenu compte de la nature et des conditions de l'emploi.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent par analogie aux personnes qui ne sont pas salariées.

Teil II

Bestimmungen über Leistungen

Kapitel 1**Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten****Artikel 11****Berücksichtigung von
Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten**

(1) Sehen die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei vor, dass bei der Bemessung des Grads der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit im Sinne dieser Rechtsvorschriften auch andere Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei fallenden Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, als ob sie unter die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten stehen solche gleich, die nach anderen Vorschriften als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle zu berücksichtigen sind.

(2) Der zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften fest.

Artikel 12**Sachleistungen bei Verlegung des Aufenthalts**

(1) Die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete gilt in Bezug auf die Sachleistungen für eine Person, die während einer Heilbehandlung ihren gewöhnlichen oder vorübergehenden Aufenthalt in das Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem der zuständige Träger nicht seinen Sitz hat, verlegt hat, nur, wenn der zuständige Träger dieser Verlegung vorher zugestimmt hat.

(2) Die Zustimmung kann nachträglich erteilt werden.

Artikel 13**Sachleistungsaushilfe**

(1) Hat ein Träger der einen Vertragspartei einer Person im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Sachleistungen zu erbringen, so werden sie vom Träger des Aufenthaltsorts aushilfsweise zu Lasten des zuständigen Trägers erbracht:

1. in der Bundesrepublik Deutschland
von der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland, Berlin, oder von dem von ihr bezeichneten Träger der Unfallversicherung,
2. in Quebec
vom Ausschuss für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (Commission de la Santé et Sécurité du Travail, CSST), Montreal.

(2) Für Art, Umfang und Dauer der Leistungserbringung gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Personen und Stellen, die mit den in Absatz 1 genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Sachleistungen für die bei diesen Trägern Versicherten geschlossen haben, sind verpflichtet, Sachleistungen auch für die vom persönlichen Geltungsbereich der Vereinbarung erfassten Personen zu erbringen,

Titre II

Dispositions relatives aux prestations

Chapitre 1**Accidents du travail
et maladies professionnelles****Article 11****Prise en considération des
accidents du travail et des maladies professionnelles**

(1) Si la législation d'une Partie contractante prévoit que, pour l'évaluation du taux de diminution de la capacité de gain ou la détermination du droit aux prestations résultant d'un accident de travail ou d'une maladie professionnelle au sens de cette législation, d'autres accidents du travail ou maladies professionnelles seront également pris en considération, cette disposition s'applique également aux accidents du travail et aux maladies professionnelles survenus sous la législation de l'autre Partie contractante comme s'ils étaient survenus sous la législation de la première Partie contractante. Sont assimilés aux accidents du travail et aux maladies professionnelles à prendre en considération ceux qui, selon d'autres dispositions, seront pris en considération en tant qu'accidents ou en tant que cas donnant lieu à réparation.

(2) L'institution compétente détermine sa prestation selon le taux de diminution de la capacité de gain due à l'accident du travail ou à la maladie professionnelle qu'elle est tenue de prendre en considération sous la législation qu'elle applique.

Article 12**Prestations en nature en
cas de transfert de résidence ou de séjour**

(1) La disposition sur l'égalité des territoires n'est applicable, en ce qui concerne les prestations en nature, aux personnes qui ont transféré, pendant un traitement curatif, leur lieu de séjour ou de résidence sur le territoire de la Partie contractante dans lequel l'institution compétente n'a pas son siège que lorsque l'institution compétente a préalablement autorisé ce transfert.

(2) L'autorisation peut être donnée ultérieurement.

Article 13**Entraide en matière de prestations en nature**

(1) Les prestations en nature à accorder par une institution de l'une des Parties contractantes à une personne sur le territoire de l'autre Partie contractante sont servies à titre substitutif par l'institution du lieu de séjour et à la charge de l'institution compétente,

1. en République fédérale d'Allemagne:
par l'Assurance accidents obligatoire allemande, Organisme de liaison allemand de l'assurance-accidents pour l'étranger (Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland), Berlin, ou bien par l'institution de l'assurance accidents qu'elle désigne.
2. au Québec:
par la Commission de la santé et de la sécurité du travail (CSST), Montréal.

(2) La nature, l'étendue et la durée des prestations servies sont soumises aux dispositions de la législation appliquée par l'institution du lieu de séjour.

(3) Les personnes et organismes qui ont conclu, avec les institutions visées au paragraphe 1, des conventions sur le service de prestations en nature aux personnes affiliées à ces institutions sont tenus d'assurer des prestations en nature également aux personnes relevant du champ d'application personnel de l'En-

und zwar unter denselben Bedingungen, als ob diese Personen bei den Trägern des Aufenthaltsorts (Absatz 1) versichert wären und als ob die Verträge sich auch auf diese Personen erstreckten.

Artikel 14

Erstattung der Sachleistungsaushilfekosten

Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsorts die für die Sachleistungsaushilfe im Einzelfall tatsächlich aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

Kapitel 2

Renten

Artikel 15

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten

Sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien anrechnungsfähige Versicherungszeiten zurückgelegt, so berücksichtigt der zuständige Träger jeder Vertragspartei für den Erwerb des Leistungsanspruchs nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften soweit erforderlich auch die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei anrechnungsfähig sind und sich nicht mit Zeiten überschneiden, die nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften anrechnungsfähig sind.

Artikel 16

Besonderheiten für Quebec

(1) Dieser Artikel gilt für die nach den Rechtsvorschriften von Quebec zu erbringenden Leistungen.

(2) Im Fall der Zusammenrechnung nach Artikel 15 verfährt der zuständige Träger von Quebec wie folgt:

1. Jedes Kalenderjahr mit mindestens drei nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland anrechnungsfähigen Versicherungsmonaten wird als ein Beitragsjahr anerkannt;
2. die nach Nummer 1 anerkannten Versicherungsjahre werden mit den nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegten Versicherungszeiten zusammengerechnet.

(3) Wird der Leistungsanspruch aufgrund des Absatzes 2 erworben, so stellt der zuständige Träger von Quebec die Höhe der Leistung wie folgt fest:

1. Die Höhe des einkommensbezogenen Teils der Leistung wird nach den Rechtsvorschriften von Quebec berechnet;
2. die Höhe des festen Teils der Leistung wird im Verhältnis der Zeit, für die Beiträge nach den Rechtsvorschriften von Quebec entrichtet worden sind, zur beitragsfähigen Zeit (Periode cotisable), wie sie in diesen Rechtsvorschriften bestimmt ist, festgestellt.

(4) Nach dieser Vereinbarung hat eine Person Anspruch auf eine Leistung nur, wenn ihre beitragsfähige Zeit, wie sie in den Rechtsvorschriften von Quebec bestimmt ist, wenigstens der Mindestwartezeit entspricht, die für den Erwerb eines Leistungsanspruchs nach diesen Rechtsvorschriften erforderlich ist.

Artikel 17

Besonderheiten für die Bundesrepublik Deutschland

(1) Sind die Voraussetzungen für den Rentenanspruch nur unter Berücksichtigung des Artikels 15 erfüllt, so werden die hierin bezeichneten Versicherungszeiten dem Versicherungszweig zugeordnet, dessen Träger unter ausschließlicher Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland für die Feststellung der Leistung zuständig ist. Ist danach der Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung zuständiger Träger, so

tente dans les mêmes conditions que si ces personnes étaient affiliées aux institutions du lieu de séjour (paragraphe 1) et que les conventions couvraient aussi ces personnes.

Article 14

Remboursement des frais encourus en vertu de l'entraide en matière de prestations en nature

L'institution compétente rembourse à l'institution du lieu de séjour les sommes effectivement dépensées dans des cas particuliers relevant de l'entraide en matière de prestations en nature, à l'exception des frais administratifs.

Chapitre 2

Pensions

Article 15

Totalisation des périodes d'assurance

Lorsque des périodes d'assurance admissibles ont été effectuées en vertu de la législation de l'une et de l'autre des Parties contractantes, l'institution compétente de chacune des Parties tient également compte, dans la mesure nécessaire pour ouvrir le droit à une prestation en vertu de la législation qu'elle applique, des périodes d'assurance admissibles en vertu de la législation de l'autre Partie contractante pour autant qu'elles ne se superposent pas avec les périodes d'assurance admissibles en vertu de la législation qui s'applique à elle.

Article 16

Particularités pour le Québec

(1) Le présent article s'applique aux prestations payables en vertu de la législation du Québec.

(2) Lorsque la totalisation prévue à l'article 15 s'applique, l'institution compétente du Québec procède de la façon suivante:

1. toute année civile comprenant au moins trois mois de période d'assurance admissible en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne est reconnue comme une année de cotisation;
2. les années reconnues en vertu du numéro 1 sont totalisées avec les périodes d'assurance accomplies en vertu de la législation du Québec.

(3) Lorsque le droit à la prestation est acquis en vertu du paragraphe 2, l'institution compétente du Québec détermine le montant de la prestation comme suit:

1. le montant de la prestation reliée aux gains est calculé selon les dispositions de la législation du Québec;
2. le montant de la partie uniforme de la prestation est établi en proportion de la période à l'égard de laquelle des cotisations ont été payées en vertu de la législation du Québec par rapport à la période cotisable telle que définie dans cette législation.

(4) Le droit d'une personne à une prestation en vertu de la présente Entente ne peut être acquis que si sa période cotisable, telle que définie dans la législation du Québec, est au moins égale à la période minimale de cotisation qui ouvre le droit à une prestation en vertu de cette législation.

Article 17

Particularités pour la République fédérale d'Allemagne

(1) Lorsque les conditions d'ouverture du droit à la pension ne sont remplies qu'en application des dispositions de l'article 15, les périodes d'assurance qui y sont mentionnées sont assignées au régime d'assurance dont l'institution est responsable de déterminer la prestation en vertu de la seule législation de la République fédérale d'Allemagne. Si, dans ce cas, l'institution du régime de pensions des mineurs est l'institution compétente, les

werden die nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegten Versicherungszeiten in der knappschaftlichen Rentenversicherung nur dann berücksichtigt, wenn sie in einem bergbaulichen Betrieb unter Tage zurückgelegt sind.

(2) Für die Zusammenrechnung nach Artikel 15 wird eine Zeit des gewöhnlichen Aufenthalts in Quebec, die nach dem Volksrentengesetz, das für das Hoheitsgebiet von Quebec gilt, anerkannt wird, vom zuständigen Träger der Bundesrepublik Deutschland als eine anrechnungsfähige Versicherungszeit berücksichtigt.

(3) Für den Erwerb eines Leistungsanspruchs nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland bei Anwendung des Artikels 15

1. gilt ein Monat, der am oder vor dem 31. Dezember 1965 endet und nach dem Volksrentengesetz, das für das Hoheitsgebiet von Quebec gilt, als ein Monat des gewöhnlichen Aufenthalts anerkannt wird, als ein Beitragsmonat nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland;
2. gilt eine Versicherungszeit, die nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegt worden ist, als zwölf Beitragsmonate nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland;
3. gilt ein Monat, der am oder nach dem 1. Januar 1966 beginnt und der nach dem Volksrentengesetz, das für das Hoheitsgebiet von Quebec gilt, als ein Monat des gewöhnlichen Aufenthalts anerkannt wird und für den kein Beitrag zur Rentenversicherung von Quebec entrichtet wurde, als Beitragsmonat nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland.

(4) Für die Rentenberechnung werden Entgeltpunkte nur aus den Versicherungszeiten ermittelt, die nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegt sind.

(5) Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften der Anspruch auf eine Leistung davon abhängig, dass in einem festgelegten Zeitraum (Rahmenzeitraum) eine bestimmte Anzahl von Pflichtbeiträgen entrichtet wurde, und sehen diese Rechtsvorschriften weiter vor, dass Zeiten, in denen Leistungen gewährt wurden, oder Zeiten der Kindererziehung diesen Zeitraum verlängern, so verlängert sich dieser Rahmenzeitraum auch durch Zeiten, in denen eine Altersrente oder eine Leistung bei Arbeitslosigkeit nach den in Quebec anwendbaren kanadischen Gesetzen und Verordnungen oder Invaliditäts- oder Altersrente nach den Rechtsvorschriften Quebecs oder Leistungen wegen Krankheit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten) nach den Vorschriften Quebecs gezahlt wurden, und durch Zeiten der Kindererziehung in Quebec.

(6) Hängt für einen selbständig erwerbstätigen Handwerker das Recht auf Befreiung von der Versicherungspflicht davon ab, ob eine Mindestzahl von Beiträgen entrichtet ist, so werden dafür auch die nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegten Versicherungszeiten berücksichtigt.

Teil III

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 18

Durchführungsvereinbarung

(1) Die beiden Vertragsparteien oder die von ihnen bestimmten Behörden schließen eine Vereinbarung, die die Art und Weise der Durchführung dieser Vereinbarung einschließlich der Verwaltungsverfahren festlegt (Durchführungsvereinbarung).

(2) Die Verbindungsstellen der beiden Vertragsparteien werden in dieser Durchführungsvereinbarung bezeichnet.

périodes d'assurance accomplies en vertu de la législation du Québec ne sont prises en considération par le régime de pensions des mineurs que si elles ont été complétées au service d'une entreprise minière dans des opérations souterraines.

(2) Pour les fins de la totalisation prévue par l'article 15, une période de résidence au Québec, qui est reconnue selon la Loi sur la sécurité de la vieillesse qui s'applique sur le territoire du Québec, est considérée par l'institution compétente de la République fédérale d'Allemagne comme une période d'assurance admissible.

(3) Aux fins de l'ouverture du droit à une prestation en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne, en application de l'article 15:

1. un mois qui se termine le ou avant le 31 décembre 1965 et qui est reconnu, selon la Loi sur la sécurité de la vieillesse qui s'applique sur le territoire du Québec, en tant qu'un mois de résidence est considéré comme un mois de cotisation en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne;
2. une période d'assurance accomplie en vertu de la législation du Québec est considérée comme douze mois de cotisation en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne;
3. un mois qui commence le ou après le 1^{er} janvier 1966 et qui est reconnu, selon la Loi sur la sécurité de la vieillesse qui s'applique sur le territoire du Québec, en tant qu'un mois de résidence et pour lequel aucune cotisation n'a été versée au Régime des rentes du Québec est considéré comme un mois de cotisation en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne.

(4) Aux fins du calcul des pensions, les points de rémunération sont déterminés en fonction des seules périodes d'assurance accomplies aux termes de la législation allemande.

(5) Si, aux termes de la législation allemande, l'admissibilité à une prestation est subordonnée au fait qu'un nombre donné de cotisations obligatoires soient versées pendant une période spécifiée (période de référence) et si ladite législation stipule que les périodes pendant lesquelles une personne a reçu des prestations ou a élevé des enfants prolongent ladite période, les périodes pendant lesquelles la personne a reçu une pension de vieillesse, ou des prestations de chômage aux termes des lois et règlements du Canada applicables au Québec, ou des rentes de retraite ou d'invalidité, des prestations de maladie ou d'accident du travail (à l'exception des pensions) aux termes de la législation du Québec ainsi que les périodes pendant lesquelles une personne a élevé des enfants au Québec prolongent également ladite période de référence.

(6) Lorsque le droit d'un artisan travaillant à son compte d'être dispensé de l'obligation de s'assurer est subordonné au versement d'un nombre minimal de cotisations, les périodes d'assurances accomplies aux termes de la législation du Québec sont également prises en considération à cette fin.

Titre III

Dispositions diverses

Article 18

Arrangement d'application

(1) Les deux Parties contractantes ou les autorités qu'elles désignent concluent un Arrangement qui fixe les modalités d'application (Arrangement d'application) de la présente Entente, y compris les procédures administratives.

(2) Les organismes de liaison des deux Parties contractantes sont désignés dans cet Arrangement.

Artikel 19**Amtshilfe**

(1) Die Behörden, die Träger und die Verbände von Trägern der Vertragsparteien leisten einander bei der Durchführung dieser Vereinbarung und der Rechtsvorschriften der Vertragsparteien gegenseitig Hilfe entsprechend den Rechtsvorschriften, die sie anwenden. Die Hilfe mit Ausnahme der Barauslagen ist kostenlos.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien übermitteln einander alle Angaben über die Änderungen ihrer Rechtsvorschriften, sofern diese Änderungen die Durchführung dieser Vereinbarung berühren.

Artikel 20**Datenschutz**

(1) Die in Artikel 19 Absatz 1 genannten Stellen einer Vertragspartei übermitteln

1. in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei sowie
2. in Übereinstimmung mit dieser Vereinbarung und einer nach Artikel 18 zu ihrer Durchführung geschlossenen Vereinbarung

den zuständigen Stellen der anderen Vertragspartei alle bei ihnen vorhandenen Daten, die für die Durchführung dieser Vereinbarung oder den Rechtsvorschriften, auf die sie sich bezieht, erforderlich sind.

(2) Personenbezogene Daten, die nach Absatz 1 übermittelt werden, werden in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei und den folgenden Bestimmungen geschützt:

1. Die übermittelnde und die empfangende Stelle haben die Daten vertraulich zu behandeln und in Übereinstimmung mit dem jeweiligen Recht der Vertragsparteien wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
2. Die Daten dürfen für die Durchführung dieser Vereinbarung und der Rechtsvorschriften, auf die sie sich bezieht, an die danach im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zuständigen Stellen übermittelt werden. Die empfangende Stelle darf sie nur für diese Zwecke verwenden. Eine Weiterübermittlung innerhalb der empfangenden Vertragspartei an andere Stellen oder die Nutzung durch diese Vertragspartei für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts der Vertragspartei, die die Daten empfangen hat, zulässig, wenn sie Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Dies verhindert jedoch nicht die Weiterübermittlung dieser Daten in Fällen, in denen hierzu nach den Gesetzen oder sonstigen Vorschriften der empfangenden Vertragspartei zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung, zur Abwehr erheblicher Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder zu steuerlichen Zwecken eine Verpflichtung besteht.
3. Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, von deren Stelle die Auskunft begehrt wird.
5. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jewei-

Article 19**Assistance administrative**

(1) Conformément à la législation qu'elles appliquent, les autorités, les institutions et les associations d'institutions des Parties contractantes se fournissent mutuellement assistance aux fins de l'application de la présente Entente et de la législation des Parties contractantes. Cette assistance est fournie gratuitement sauf si elle implique des montants déboursés en espèces.

(2) Les autorités compétentes des Parties contractantes se transmettent tout renseignement sur les modifications apportées à leur législation respective pour autant que de telles modifications affectent l'application de la présente Entente.

Article 20**Protection des renseignements**

(1) Les organismes d'une Partie contractante spécifiés au paragraphe 1 de l'article 19, conformément à:

1. la législation de cette Partie contractante, et
2. à la présente Entente et tout arrangement conclu conformément à l'article 18 aux fins de la mise en application de la présente Entente,

transmettent aux organismes compétents de l'autre Partie contractante tous les renseignements en leur possession nécessaires aux fins de l'application de la présente Entente ou de la législation à laquelle la présente Entente s'applique.

(2) Tout renseignement à caractère personnel transmis aux termes du paragraphe 1 est protégé conformément à la législation de l'autre Partie contractante et aux dispositions suivantes:

1. L'organisme transmetteur ainsi que l'organisme destinataire d'un renseignement traitent ledit renseignement de façon confidentielle et le protègent effectivement contre l'accès non autorisé, les altérations non autorisées et la divulgation non autorisée conformément au droit respectif des Parties contractantes.
2. Les renseignements peuvent être transmis aux organismes compétents situés sur le territoire de l'autre Partie contractante, aux fins de l'application de la présente Entente et de la législation qui s'y rapporte. L'organisme destinataire ne peut les utiliser qu'à ces seules fins. Il est permis de divulguer ces renseignements à d'autres organismes au sein de la Partie contractante destinataire ou de les utiliser à d'autres fins, dans le cadre légal de la Partie contractante qui a reçu lesdits renseignements, si cela sert à des fins de protection sociale, y compris des procédures judiciaires en lien avec celle-ci. Cela n'empêche cependant pas de divulguer ces renseignements dans des cas pour lesquels il existe une obligation de le faire en vertu des lois ou autres dispositions de la Partie contractante destinataire afin de prévenir et de poursuivre les infractions d'une particulière gravité, afin de protéger la sécurité publique de dangers substantiels ou à des fins fiscales.
3. L'organisme destinataire informe l'organisme qui a transmis le renseignement, à la demande de ce dernier, de l'usage des renseignements transmis et des résultats ainsi poursuivis.
4. La personne concernée doit être informée, si elle en fait la demande, des renseignements transmis sur sa personne ainsi que de l'utilisation prévue de ceux-ci. Le droit de la personne concernée d'accéder aux renseignements existant sur sa personne se conforme par ailleurs au droit interne de la Partie contractante d'où est issu l'organisme faisant l'objet de cette demande.
5. L'organisme transmetteur a l'obligation de veiller à l'exactitude des renseignements devant être transmis ainsi qu'à la nécessité et à la proportionnalité de leur transmission par rapport à l'objectif poursuivi. Dans ce processus, les inter-

ligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nach dem Recht der übermittelnden Vertragspartei nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese Stelle ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.

6. Übermittelte personenbezogene Daten werden von der empfangenden Stelle gelöscht, sobald sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind und kein Grund zu der Annahme besteht, dass durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen im Bereich der sozialen Sicherung beeinträchtigt werden.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten zu dokumentieren.
(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.

Artikel 21

Währung und Umrechnungskurs

Geldleistungen werden von einem Träger der einen Vertragspartei an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich aufhält, in der Währung der einen oder der anderen Vertragspartei wirksam erbracht. Werden sie in der Währung der anderen Vertragspartei erbracht, so ist der am Tag der Übermittlung durch die Bank gültige Umrechnungskurs maßgebend.

Artikel 22

Gebühren und Befreiung von der Legalisation

- (1) Ist nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei die Ausstellung von Bescheinigungen oder Urkunden, die nach diesen Rechtsvorschriften vorzulegen sind, völlig oder teilweise von Verwaltungskosten befreit, so gilt diese Befreiung auch für Bescheinigungen oder Urkunden, die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei vorzulegen sind.
- (2) Urkunden oder Schriftstücke, die bei Anwendung der Rechtsvorschriften der beiden Vertragsparteien vorzulegen sind, bedürfen keiner Legalisation durch die diplomatischen oder konsularischen Behörden oder anderen ähnlichen Formlichkeit.

Artikel 23

Einreichung von Schriftstücken

- (1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei bei einer Stelle im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger der ersten Vertragspartei am gleichen Tag gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.
- (2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle der einen Vertragspartei, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle der anderen Vertragspartei weiterzuleiten.
- (3) Für die Anwendung des Teils II, Kapitel 2 gilt ein Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei, vorausgesetzt,

dictionen de transmission applicables dans les législations internes doivent être respectées. La transmission de renseignements n'est pas effectuée si l'organisme transmetteur a des raisons de supposer qu'elle irait ainsi à l'encontre de l'objectif d'une loi interne ou qu'elle porterait atteinte aux intérêts légitimes de la personne concernée. S'il s'avère qu'ont été transmis des renseignements inexacts ou des renseignements dont la transmission est interdite aux termes de la législation de la Partie contractante qui les a transmis, l'organisme destinataire doit en être immédiatement avisé. Cet organisme a alors l'obligation de procéder immédiatement à la correction ou à la suppression desdits renseignements.

6. L'organisme d'une Partie contractante auquel le renseignement à caractère personnel est transmis supprime ledit renseignement, dès qu'il n'est plus nécessaire aux fins pour lesquelles il a été transmis et s'il n'y a pas de raison de supposer que la suppression porterait atteinte aux intérêts légitimes de la personne concernée dans le domaine de la protection sociale.
7. L'organisme transmetteur et l'organisme destinataire ont l'obligation de garder une trace de la transmission et de la réception des renseignements à caractère personnel.
(3) Les paragraphes 1 et 2 s'appliquent par analogie aux secrets industriels et d'affaires.

Article 21

Devise et taux de change

Toute prestation en espèces est payable valablement par l'institution d'une Partie contractante à toute personne résidant sur le territoire de l'autre Partie contractante dans la monnaie de l'une ou de l'autre Partie contractante. Si le versement est effectué dans la monnaie de l'autre Partie contractante, le taux de change utilisé est celui en vigueur le jour où le transfert bancaire est effectué.

Article 22

Frais ou exemption de légalisation

- (1) Toute exemption ou réduction de frais administratifs prévue par la législation d'une Partie contractante relativement à la délivrance d'un certificat ou document à produire en application de cette législation est étendue aux certificats et documents à produire en application de la législation de l'autre Partie contractante.
- (2) Tout acte ou document à produire en application des législations des deux Parties contractantes est dispensé du visa de légalisation par les autorités diplomatiques ou consulaires ou de toute autre formalité similaire.

Article 23

Présentation des documents

- (1) Si la demande de prestation payable en vertu de la législation d'une Partie contractante a été présentée à un organisme sur le territoire de l'autre Partie contractante qui, en vertu de la législation de cette dernière Partie contractante, est autorisé à recevoir une demande pour une prestation similaire, cette demande est réputée avoir été présentée à la même date à l'institution compétente de la première Partie contractante. La présente disposition s'applique, par analogie, à d'autres demandes, avis ou recours.
- (2) Les demandes, avis ou recours reçus par un organisme d'une Partie contractante sont transmis par cet organisme sans tarder à l'organisme compétent de l'autre Partie contractante.
- (3) Pour l'application du chapitre 2 du titre II, une demande de prestation payable en vertu de la législation d'une Partie contractante est réputée être également une demande de prestation similaire payable en vertu de la législation de l'autre Partie contrac-

dass der Antragsteller zum Zeitpunkt der Antragstellung

1. beantragt, dass der Antrag als ein Antrag nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei behandelt wird, oder
2. Informationen bereitstellt, aus denen ersichtlich ist, dass Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zurückgelegt wurden.

Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei erworbenen Ansprüche auf Leistungen in den Fällen aufgeschoben wird, in denen er nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei den Zeitpunkt bestimmen kann, der für die Erfüllung der Leistungsvoraussetzungen maßgeblich sein soll.

Artikel 24

Ärztliche Untersuchungen

(1) Die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei vorgesehenen ärztlichen Untersuchungen werden, so weit wie möglich, auf Antrag des zuständigen Trägers im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vom Träger des Ortes des vorübergehenden oder gewöhnlichen Aufenthalts des Antragstellers durchgeführt. Der Träger, der die ärztlichen Untersuchungen verlangt, erstattet dem Träger, der sie durchführt, die Kosten dieser Untersuchungen wie auch die hiermit verbundenen angemessenen Kosten der Unterbringung und Verpflegung sowie die angemessenen Fahrtkosten. Der ersuchende Träger erstattet der untersuchten Person die sonstigen Kosten nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften.

(2) Die Anerkennung der nach Absatz 1 durchgeführten ärztlichen Untersuchungen darf nicht versagt werden, nur weil sie im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei durchgeführt worden sind.

(3) Der Träger einer Vertragspartei übermittelt, soweit nach seinen Rechtsvorschriften einschließlich der Gesetze und Vorschriften über den Schutz persönlicher Daten zulässig, dem Träger der anderen Vertragspartei auf Ersuchen kostenlos die in seinem Besitz befindlichen ärztlichen Angaben und Unterlagen, die sich auf die Erwerbsminderung des Antragstellers oder des Berechtigten beziehen.

Artikel 25

Amtssprachen und Bekanntgaben

Die in Artikel 19 Absatz 1 genannten Stellen können bei Durchführung der Rechtsvorschriften der Vertragsparteien und dieser Vereinbarung über den Amtssprache jeder Vertragspartei unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern verkehren. Entscheidungen eines Gerichts oder eines Trägers einer Vertragspartei können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich oder vorübergehend aufhält, unmittelbar bekannt gegeben werden. Satz 2 gilt auch für Entscheidungen der Gerichte und Bescheide, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die dieses für entsprechend anwendbar erklären, erlassen werden.

Artikel 26

Beilegung von Streitigkeiten

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

tante pourvu que le requérant, à la date à laquelle il fait sa demande:

1. requiert qu'elle soit considérée comme une demande effectuée en vertu de la législation de l'autre Partie contractante; ou
2. fournisse des informations dont il ressort que des périodes d'assurance ont été accomplies en vertu de la législation de l'autre Partie contractante.

Toutefois, ce qui précède ne s'applique pas si le requérant demande explicitement que la détermination des droits acquis aux termes de la législation de l'autre Partie contractante soit différée pour les cas où, aux termes de la législation de cette Partie contractante, il peut choisir la date à utiliser aux fins de déterminer quand les exigences d'ouverture du droit à ladite prestation auront été remplies.

Article 24

Expertises médicales

(1) Les expertises médicales prévues par la législation d'une Partie contractante sont, dans la mesure du possible, effectuées, à la demande de l'institution compétente, sur le territoire de l'autre Partie contractante, par l'institution du lieu de séjour ou de résidence de la personne requérante. L'institution qui demande les expertises médicales rembourse à l'institution qui les effectue les frais de ces expertises de même que les frais raisonnables d'hébergement, de repas et de transport y afférents. L'institution requérante rembourse à la personne soumise à une expertise les autres frais, conformément à la législation qu'elle applique.

(2) Les expertises médicales effectuées aux termes du paragraphe 1 ne peuvent être refusées du seul fait qu'elles ont été produites sur le territoire de l'autre Partie contractante.

(3) L'institution d'une Partie contractante fournit gratuitement à l'institution de l'autre Partie contractante, sur demande et dans la mesure permise par sa législation, comprenant les lois et règlements relatifs à la protection des renseignements personnels, toute donnée et tout document médicaux en sa possession se rapportant à la diminution de la capacité de gain du demandeur ou du bénéficiaire.

Article 25

Langues officielles et communications

Aux fins de l'application de la législation des Parties contractantes et de la présente Entente, les organismes visés au paragraphe 1 de l'article 19 peuvent communiquer directement entre eux ainsi qu'avec les personnes concernées ou leurs représentants dans la langue officielle de chaque Partie contractante. Une décision d'un tribunal ou d'une institution d'une Partie contractante peut être communiquée directement à une personne résidant ou séjournant sur le territoire de l'autre Partie contractante. La deuxième phrase s'applique aussi aux décisions des cours et aux notifications émises dans le cadre de la mise en œuvre de la Loi allemande régissant l'aide aux victimes de guerre (Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges) et des lois déclarant que la Loi susmentionnée doit être appliquée par analogie.

Article 26

Règlement des différends

(1) Les différends entre les deux Parties contractantes au sujet de l'interprétation ou de l'application de la présente Entente doivent, autant que possible, être réglés par les autorités compétentes.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il est soumis, à la demande d'une Partie contractante, à un tribunal d'arbitrage.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, dass sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger einer Vertragspartei oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger einer Vertragspartei oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Staatsangehöriger einer Vertragspartei ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Parteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend.

(6) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Teil IV

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Artikel 27

Leistungsansprüche aufgrund der Vereinbarung

(1) Diese Vereinbarung begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor ihrem Inkrafttreten. Die aufgrund der Vereinbarung vom 14. Mai 1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit erworbenen Ansprüche bleiben unberührt.

(2) Bei Anwendung dieser Vereinbarung werden auch die vor ihrem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsparteien gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Die Bestimmungen dieser Vereinbarung sind ohne Rücksicht auf die Rechtskraft von Entscheidungen anzuwenden, die vor dem Inkrafttreten der Vereinbarung getroffen worden sind.

(4) Eine vor dem Tag des Inkrafttretens dieser Vereinbarung erbrachte Leistung wird auf Antrag der betreffenden Person neu festgestellt. Sie kann auch von Amts wegen neu festgestellt werden. Ergäbe die Neufeststellung keine oder eine niedrigere Geldleistung, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten der Vereinbarung gezahlt worden ist, so ist die Leistung ungeachtet des Absatzes 3 in der Höhe des bisherigen Zahlbetrags weiterzuzahlen.

Artikel 28

Schlussprotokoll

Das Schlussprotokoll ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

Artikel 29

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

(1) Diese Vereinbarung tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die beiden Vertragspar-

(3) Le tribunal d'arbitrage est constitué ad hoc; chaque Partie contractante nomme un membre et les deux membres se mettent d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un État tiers qui est nommé par les gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres sont nommés dans un délai de deux mois, le président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties contractantes a fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend au tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas respectés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie contractante peut prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président est ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est empêché pour une autre raison, il appartient au vice-président de procéder aux nominations. Si le vice-président est, lui aussi, ressortissant de l'une des Parties contractantes, ou s'il est également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des Parties contractantes qu'il appartient de procéder aux nominations.

(5) Le tribunal d'arbitrage prend ses décisions sur la base des traités existant entre les États et du droit international général, à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires.

(6) Chaque Partie contractante prend à sa charge les frais occasionnés par son propre membre, ainsi que les frais de sa représentation dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du président ainsi que les autres frais sont assumés, à parts égales, par les deux Parties contractantes. Le tribunal d'arbitrage peut fixer d'autres modalités de prise en charge des dépenses. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage règle lui-même sa procédure.

Titre IV

Dispositions transitoires et finales

Article 27

Droits aux prestations en application de l'Entente

(1) La présente Entente n'ouvre aucun droit au paiement d'une prestation pour une période antérieure à la date de son entrée en vigueur. Les droits acquis en application de l'Entente en matière de sécurité sociale du 14 mai 1987 entre le Gouvernement du Québec et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne ne sont pas affectés.

(2) Pour la mise en application de la présente Entente, il est tenu compte des faits pertinents survenus aux termes de la législation des Parties contractantes avant l'entrée en vigueur de la présente Entente.

(3) La validité légale des décisions prises avant l'entrée en vigueur de la présente Entente ne s'oppose pas à l'application des dispositions de la présente Entente.

(4) Une prestation accordée avant la date de l'entrée en vigueur de la présente Entente est révisée, à la demande de la personne intéressée. Elle peut également être révisée d'office. Nonobstant les dispositions du paragraphe 3, si cette révision ne conduit à aucune prestation ou conduit à une prestation moindre que celle versée en dernier lieu pour toute période précédant l'entrée en vigueur de la présente Entente, la prestation est maintenue au montant de la prestation antérieurement versée.

Article 28

Protocole final

Le Protocole final fait partie de la présente Entente.

Article 29

Entrée en vigueur et abrogation

(1) La présente Entente entre en vigueur le 1^{er} jour du deuxième mois suivant le mois au cours duquel les deux Parties

teilen einander mitgeteilt haben, dass die internen Verfahren für das Inkrafttreten abgeschlossen sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung treten außer Kraft:

- die Vereinbarung vom 14. Mai 1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit und
- die Vereinbarung vom 14. Mai 1987 zur Durchführung der Vereinbarung vom 14. Mai 1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit.

Artikel 30 **Geltungsdauer**

(1) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann von einer Vertragspartei durch Notifikation an die andere Vertragspartei gekündigt werden. Die Vereinbarung tritt am 31. Dezember des auf die Notifikation folgenden Jahres außer Kraft.

(2) Tritt diese Vereinbarung infolge Kündigung außer Kraft, so gelten ihre Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter; zur Regelung der aufgrund der Vereinbarung erworbenen Anwartschaften werden Verhandlungen geführt.

Geschehen zu Quebec am 20. April 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

contractantes se sont mutuellement informées que les procédures internes nécessaires à l'entrée en vigueur de la présente Entente ont été accomplies. Le jour de la réception de la dernière notification fait foi.

(2) À compter de l'entrée en vigueur de la présente Entente, sont abrogés:

- L'Entente en matière de sécurité sociale du 14 mai 1987 entre le Gouvernement du Québec et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne;
- L'Arrangement d'application du 14 mai 1987 de l'Entente en matière de sécurité sociale du 14 mai 1987 entre le Gouvernement du Québec et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

Article 30 **Durée**

(1) La présente Entente est conclue pour une durée indéfinie. Elle peut être dénoncée par une des Parties contractantes par notification à l'autre Partie contractante. La présente Entente prend fin le 31 décembre de l'année qui suit la date de la notification.

(2) En cas de dénonciation de la présente Entente, ses dispositions, en ce qui a trait aux droits acquis jusqu'à la date de cessation de la présente Entente, sont maintenues; des négociations sont entreprises afin de statuer sur les droits en cours d'acquisition en vertu de la présente Entente.

Fait à Québec le 20 avril 2010 en deux exemplaires, en langues française et allemande, chaque texte faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Georg Witschel

Für die Regierung von Quebec
Pour le gouvernement du Québec

Pierre Arcand

**Schlussprotokoll
zur Vereinbarung vom 20. April 2010
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Quebec
über Soziale Sicherheit**

**Protocole final
à l'Entente du 20 avril 2010
en matière de sécurité sociale
entre le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le gouvernement du Québec**

Bei der Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit haben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsparteien Folgendes vereinbart:

1. Zu Artikel 2 der Vereinbarung:

- a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und Alterssicherung der Landwirte gilt Teil II, Kapitel 2 der Vereinbarung nicht.
- b) Sind nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland außer den Voraussetzungen für die Anwendung der Vereinbarung auch die Voraussetzungen für die Anwendung einer anderen Übereinkunft oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so lässt der deutsche Träger bei Anwendung der Vereinbarung die andere Übereinkunft oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.
- c) Ungeachtet des Artikels 2 Absatz 2 der Vereinbarung und des vorstehenden Buchstabens b berücksichtigen die deutschen Träger bei der Anwendung der Vereinbarung Versicherungszeiten, die in der kanadischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, in gleicher Weise wie Versicherungszeiten, die in der Rentenversicherung von Quebec zurückgelegt worden sind.
- d) Artikel 2 Absatz 2 der Vereinbarung und der vorstehende Buchstabe b finden keine Anwendung, soweit die Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen, Versicherungslastregelungen enthalten.
- e) Die Vereinbarung gilt für Gesetze und Verordnungen von Quebec, die die bestehenden Rechtsvorschriften auf neue Gruppen von Leistungsempfängern oder auf andere Leistungen ausdehnen, nur, wenn Quebec dem nicht binnen drei Monaten nach der amtlichen Veröffentlichung dieser Gesetze und Verordnungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland widerspricht.

2. Zu Artikel 3 der Vereinbarung:

Bei Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften sind auch Staatsangehörige eines Staates, in dem die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 oder die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 anzuwenden ist, unter Artikel 3 Nummer 1 der Vereinbarung einbezogen.

3. Zu den Artikeln 4 und 5 der Vereinbarung und zu Nummer 4 Buchstabe c des Schlussprotokolls:

Lors de la signature de l'Entente en matière de sécurité sociale entre le gouvernement du Québec et le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, les plénipotentiaires des deux Parties contractantes sont convenus des dispositions suivantes:

1. Relativement à l'article 2 de l'Entente:

- a) Le chapitre 2 du titre II de l'Entente ne s'applique pas à l'Assurance pension supplémentaire des travailleurs de la sidérurgie ni à la Sécurité de vieillesse des agriculteurs de la République fédérale d'Allemagne.
- b) Si, en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne, outre les conditions d'application de l'Entente, sont également satisfaites les conditions d'application de toute autre convention ou d'une réglementation supranationale, l'institution allemande ne tient pas compte de cette autre convention ou de cette réglementation supranationale aux fins de l'application de l'Entente.
- c) Nonobstant le paragraphe 2 de l'article 2 de l'Entente et l'alinéa b) ci-dessus, pour les fins de l'application de l'Entente, les institutions allemandes considèrent les périodes d'assurance accomplies en vertu du Régime de pensions du Canada comme équivalentes à des périodes d'assurance accomplies en vertu du Régime de rentes du Québec.
- d) Le paragraphe 2 de l'article 2 de l'Entente et l'alinéa b) ci-dessus ne s'appliquent pas si la législation de sécurité sociale, découlant pour la République fédérale d'Allemagne d'accords internationaux ou du droit supranational ou servant à leur mise en application, contient des dispositions concernant la répartition de la charge d'assurance.
- e) L'Entente ne s'applique aux actes législatifs et réglementaires du Québec qui étendent la législation existante à des nouvelles catégories de bénéficiaires ou à de nouvelles prestations que s'il n'y a pas, à cet égard, opposition du Québec, notifiée à la République fédérale d'Allemagne dans un délai de trois mois à compter de la publication officielle de ces actes.

2. Relativement à l'article 3 de l'Entente:

Aux fins de l'application de la législation allemande, les ressortissants d'un État dans le ressort duquel le règlement (CEE) n° 1408/71 ou le règlement (CE) n° 883/2004 est applicable doivent être compris dans le champ d'application du numéro 1 de l'article 3 de l'Entente.

3. Relativement à l'article 4 et à l'article 5 de l'Entente, ainsi qu'à l'alinéa c) du paragraphe 4 du Protocole final:

Bei Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland stehen die in Artikel 3 Nummer 1 bis 4 der Vereinbarung genannten Personen, die sich in Kanada außerhalb von Quebec gewöhnlich aufhalten, den Staatsangehörigen von Quebec gleich.

4. Zu Artikel 4 der Vereinbarung:

- a) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen bleiben unberührt.
- b) Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und ihrer Verbände sowie in der Rechtsprechung der sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.
- c) Mit Ausnahme der deutschen Staatsangehörigen sind die in Artikel 3 Nummer 1 bis 3 der Vereinbarung genannten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet von Quebec aufhalten, zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung nur berechtigt, wenn sie zu dieser für mindestens sechzig Kalendermonate Beiträge wirksam entrichtet haben oder aufgrund übergangsrechtlicher Rechtsvorschriften, die vor dem 19. Oktober 1972 in Kraft waren, zur freiwilligen Versicherung berechtigt waren. Sie sind mit Ausnahme der unter Artikel 3 Nummer 3 der Vereinbarung genannten Personen auch dann zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie spätestens am Tag vor dem Inkrafttreten der Vereinbarung einen freiwilligen Beitrag zur deutschen Rentenversicherung entrichtet haben.
- d) Sich gewöhnlich in Quebec aufhaltende Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Staates haben, in dem die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 oder die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 anzuwenden ist, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung nur nach Maßgabe dieser Verordnungen berechtigt.

5. Zu Artikel 5 der Vereinbarung:

- a) Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über Geldleistungen aus Versicherungszeiten, die nicht nach Bundesrecht zurückgelegt sind, werden nicht berührt.
- b) Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über Leistungen zur Teilhabe durch die Träger der Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte bleiben unberührt.
- c) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Quebec gilt Artikel 5 der Vereinbarung in Bezug auf eine Rente nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nicht, wenn die Erwerbsminderung nicht ausschließlich auf dem Gesundheitszustand beruht.

6. Zu den Artikeln 6 bis 10 der Vereinbarung:

- a) Gelten für eine Person nach den Bestimmungen der Vereinbarung die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, so finden in gleicher Weise auf sie und ihren Arbeitgeber hinsichtlich dieser Erwerbstätigkeit auch die Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland über die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung Anwendung.
- b) Arbeitgeber von vorübergehend im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei beschäftigten Arbeitnehmern sind verpflichtet, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung mit den dafür zuständigen

Aux fins de l'application de la législation de la République fédérale d'Allemagne, les personnes visées aux numéros 1 à 4 de l'article 3 de l'Entente, qui résident hors du Québec au Canada sont assimilées aux ressortissants du Québec.

4. Relativement à l'article 4 de l'Entente:

- a) Les dispositions concernant la répartition de la charge d'assurance comprises dans les accords internationaux ne sont pas touchées.
- b) La législation de la République fédérale d'Allemagne qui garantit la participation des assurés et des employeurs dans les organismes d'autogestion des institutions et de leurs associations de même que dans les décisions judiciaires en matière de sécurité sociale n'est pas touchée.
- c) À l'exception des ressortissants allemands, les personnes visées aux numéros 1 à 3 de l'article 3 de l'Entente qui résident sur le territoire du Québec ne sont admissibles à l'assurance volontaire en vertu de l'assurance pension allemande que si elles ont versé des cotisations valables à ce dernier régime pour au moins soixante mois civils, ou si elles étaient admissibles à l'assurance volontaire en vertu de la législation transitoire qui était en vigueur avant le 19 octobre 1972. Ces personnes, à l'exception de celles visées au numéro 3 de l'article 3 de l'Entente, sont également admissibles à l'assurance volontaire aux termes de l'assurance pension allemande si elles ont versé une cotisation volontaire à l'assurance pension allemande au plus tard le jour précédant l'entrée en vigueur de l'Entente.
- d) Les personnes résidant au Québec et ressortissantes d'un État dans le ressort duquel le règlement (CEE) n° 1408/71 ou le règlement (CE) n° 883/2004 est applicable sont admissibles à l'assurance volontaire aux termes de l'assurance pension allemande uniquement dans la mesure de l'application de ces règlements.

5. Relativement à l'article 5 de l'Entente:

- a) La législation de la République fédérale d'Allemagne relative aux prestations en espèces fondées sur des périodes d'assurance accomplies en vertu des lois autres que la loi fédérale n'est pas touchée.
- b) La législation de la République fédérale d'Allemagne relative aux prestations de participation (Leistungen zur Teilhabe) servies par les institutions de l'Assurance pension et de la Sécurité de vieillesse des agriculteurs n'est pas touchée.
- c) L'article 5 de l'Entente ne s'applique pas à une personne qui réside au Québec en ce qui a trait à une pension en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne régissant la réduction de la capacité de travail rémunéré si la diminution de la capacité de gain rémunéré n'est pas causée uniquement par l'état de santé de cette personne.

6. Relativement aux articles 6 à 10 de l'Entente:

- a) Si la législation de la République fédérale d'Allemagne s'applique à une personne en vertu des dispositions de l'Entente, les dispositions de la République fédérale d'Allemagne relatives à l'assujettissement obligatoire découlant de la législation sur la promotion de l'emploi s'appliquent également de la même façon à cette personne et à son employeur en ce qui a trait à cette activité professionnelle.
- b) Les employeurs des travailleurs salariés employés temporairement sur le territoire de l'autre Partie contractante ont l'obligation de coopérer, dans le domaine de la protection contre les maladies et les accidents du travail et

Trägern und Organisationen dieser Vertragspartei zusammenzuarbeiten. Weitergehende innerstaatliche Regelungen bleiben unberührt.

7. Zu den Artikeln 6 bis 8 der Vereinbarung:

Die Artikel 6 bis 8 der Vereinbarung gelten entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind, auf die sich jedoch die in Artikel 2 Absatz 1 der Vereinbarung bezeichneten Rechtsvorschriften beziehen.

8. Zu den Artikeln 6 bis 8 und 10 der Vereinbarung:

Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland zum Versicherungsschutz bei Hilfeleistungen und anderen beschäftigungsunabhängigen Handlungen im Ausland bleiben unberührt.

9. Zu Artikel 7 der Vereinbarung:

a) Eine Entsendung in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegt insbesondere dann nicht vor, wenn

- die Tätigkeit des entsandten Arbeitnehmers nicht dem Tätigkeitsbereich des Arbeitgebers im Hoheitsgebiet der entsendenden Vertragspartei entspricht;
- der Arbeitgeber des entsandten Arbeitnehmers im Hoheitsgebiet der entsendenden Vertragspartei gewöhnlich eine nennenswerte geschäftliche Tätigkeit nicht ausübt;
- die zum Zwecke der Entsendung eingestellte Person zu diesem Zeitpunkt ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Hoheitsgebiet der entsendenden Vertragspartei hat;
- die Arbeitnehmerüberlassung einen Verstoß gegen das Recht einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien darstellt oder
- der Arbeitnehmer seit dem Ende des letzten Entsendezeitraums weniger als sechs Monate im Hoheitsgebiet der entsendenden Vertragspartei beschäftigt war.

b) Der in Artikel 7 genannte Zeitraum von sechzig Kalendermonaten beginnt für eine Person, die bei Inkrafttreten der Vereinbarung vom 14. Mai 1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit bereits entsandt war, mit diesem Zeitpunkt.

c) Ist eine Person zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Vereinbarung bereits entsandt, wird die bereits zuvor zurückgelegte Zeit der Entsendung auf die sechzig Kalendermonate angerechnet.

10. Zu Artikel 7 bis 10 der Vereinbarung:

Für Quebec gelten die Artikel 7 bis 10 der Vereinbarung nicht für Personen, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets von Quebec aufhalten.

11. Zu Artikel 9 der Vereinbarung:

a) In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland gilt eine Person, die nicht in ihrem Hoheitsgebiet erwerbstätig ist, als an dem Ort erwerbstätig, an dem sie zuletzt vorher erwerbstätig war. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erwerbstätig, so gilt sie als an dem Ort erwerbstätig, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.

b) Für eine in Artikel 9 Absatz 2 der Vereinbarung bezeichnete Person, die bei Inkrafttreten der Vereinbarung vom 14. Mai 1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit bereits beschäftigt war, beginnt die Frist von sechs Monaten mit diesem Zeitpunkt.

celui de la prévention des accidents, avec les institutions et les organisations compétentes de cette Partie contractante. Les réglementations internes plus étendues ne sont pas touchées.

7. Relativement aux articles 6 à 8 de l'Entente:

Les articles 6 à 8 de l'Entente sont applicables, par analogie, aux personnes qui, n'étant pas travailleurs salariés, sont cependant soumises à la législation visée au paragraphe 1 de l'article 2 de l'Entente.

8. Relativement aux articles 6 à 8 et 10 de l'Entente:

La législation de la République fédérale d'Allemagne relative à la couverture d'assurance pour les prestations d'assistance et autres activités indépendantes d'un emploi à l'étranger n'est pas touchée.

9. Relativement à l'article 7 de l'Entente:

a) Il n'y a pas détachement sur le territoire de l'autre Partie contractante lorsque, notamment,

- l'activité de la personne salariée détachée ne correspond pas au domaine d'activités de l'employeur sur le territoire de la Partie contractante d'origine;
- l'employeur de la personne salariée détachée n'exerce pas d'activité professionnelle notable de manière habituelle sur le territoire de la Partie contractante d'origine;
- la personne recrutée aux fins du détachement ne résidait pas, à cette date, sur le territoire de la Partie contractante d'origine;
- la mise à disposition de travailleurs intérimaires constitue une infraction à la législation d'une Partie contractante ou des deux ou;
- la personne salariée a été employée pendant moins de six mois sur le territoire de la Partie contractante d'origine depuis la fin de la précédente période de détachement.

b) La période de soixante mois civils prévue à l'article 7 débute à compter de la date de l'entrée en vigueur de l'Entente en matière de sécurité sociale du 14 mai 1987 entre le Gouvernement du Québec et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne pour une personne qui était déjà détachée à cette date.

c) Pour une personne détachée à la date de l'entrée en vigueur de la présente Entente, la période de détachement accomplie avant cette date est prise en compte pour le calcul de la période de 60 mois civils.

10. Relativement aux articles 7 à 10 de l'Entente:

Pour le Québec, les articles 7 à 10 de l'Entente ne sont pas applicables aux personnes résidant habituellement à l'extérieur du territoire du Québec.

11. Relativement à l'article 9 de l'Entente:

a) Pour la République fédérale d'Allemagne, toute personne qui ne travaille pas sur son territoire est réputée travailler dans le lieu de son emploi précédent. Si elle ne travaillait précédemment pas sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, elle est réputée travailler dans le lieu où se trouve le siège de l'autorité allemande compétente.

b) Pour une personne visée au paragraphe 2 de l'article 9 de l'Entente qui était déjà en fonction à la date de l'entrée en vigueur de l'Entente en matière de sécurité sociale du 14 mai 1987 entre le Gouvernement du Québec et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, le délai de six mois commence à cette date.

12. Zu Artikel 10 der Vereinbarung:

- a) In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland gilt eine Person, die nicht in ihrem Hoheitsgebiet erwerbstätig ist, als an dem Ort erwerbstätig, an dem sie zuletzt vorher erwerbstätig war. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erwerbstätig, so gilt sie als an dem Ort erwerbstätig, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.
- b) Artikel 10 der Vereinbarung gilt insbesondere für einen Arbeitnehmer eines Unternehmens mit Sitz im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, der vorübergehend von einer Beteiligungsgesellschaft dieses Unternehmens im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei beschäftigt wird und für diesen Zeitraum zu Lasten der Beteiligungsgesellschaft im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Arbeitsentgelt bezieht.

13. Zu Artikel 15 der Vereinbarung:

- a) Soweit nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei für den Erwerb eines Leistungsanspruchs erforderlich ist, dass innerhalb eines bestimmten Zeitraums vor Eintritt des Leistungsfalls Versicherungszeiten zurückgelegt worden sind, berücksichtigt der zuständige Träger nur innerhalb dieses Zeitraums zurückgelegte anrechnungsfähige Versicherungszeiten; er berücksichtigt auch anrechnungsfähige Versicherungszeiten, die allein nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zurückgelegt worden sind.
- b) Für den Erwerb eines Leistungsanspruchs nach den Rechtsvorschriften von Quebec berücksichtigt der zuständige Träger von Quebec auch Zeiten des Leistungsbezugs wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland als Versicherungszeit.
- c) Lässt sich eine nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei zurückgelegte anrechnungsfähige Versicherungszeit nicht genau einem Kalenderjahr zuordnen, so wird angenommen, dass sie sich nicht mit einer nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zurückgelegten anrechnungsfähigen Versicherungszeit überschneidet.
- d) Artikel 15 der Vereinbarung gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland im Ermessen eines Trägers liegt.
- e) Den für einen Leistungsanspruch auf Altersrente vor Erreichen der Regelaltersgrenze oder auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland vorausgesetzten Pflichtbeiträgen für eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit stehen Pflichtbeiträge für eine Beschäftigung oder Tätigkeit in der Rentenversicherung von Quebec gleich.

14. Zu Artikel 17 der Vereinbarung:

Bergbauliche Betriebe im Sinne des Artikels 17 Absatz 1 der Vereinbarung sind Betriebe, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch oder Steine und Erden überwiegend unterirdisch gewonnen werden.

15. Zu den Artikeln 19 und 24 der Vereinbarung:

Die Barauslagen nach Artikel 19 Absatz 1 der Vereinbarung und die Kosten nach Artikel 24 Absatz 1 der Vereinbarung umfassen weder geringfügige Kosten für Kommunikation noch laufende Personal- und Verwaltungskosten.

12. Relativement à l'article 10 de l'Entente:

- a) Pour la République fédérale d'Allemagne, toute personne qui ne travaille pas sur son territoire est réputée travailler dans le lieu de son emploi précédent. Si elle ne travaillait précédemment pas sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, elle est réputée travailler dans le lieu où se trouve le siège de l'autorité allemande compétente.
- b) L'article 10 de l'Entente s'applique en particulier à toute personne salariée d'une entreprise ayant son siège sur le territoire d'une Partie contractante amenée à être employée provisoirement par une société de participation de ladite entreprise sur le territoire de l'autre Partie contractante et à percevoir un salaire de la société de participation sur le territoire de l'autre Partie contractante durant cette période.

13. Relativement à l'article 15 de l'Entente:

- a) Dans la mesure où il est exigé pour l'ouverture du droit à une prestation, selon la législation d'une Partie contractante, que des périodes d'assurance aient été accomplies à l'intérieur d'un certain intervalle de temps précédant l'évènement ouvrant droit à la prestation, l'institution compétente ne tient compte que des périodes d'assurance admissibles accomplies au cours de cet intervalle de temps; elle tient aussi compte des périodes d'assurance admissibles qui ont été accomplies seulement en vertu de la législation de l'autre Partie contractante.
- b) Pour l'ouverture du droit à une prestation en vertu de la législation du Québec, l'institution compétente du Québec considère comme une période d'assurance toute période au cours de laquelle une personne a reçu une prestation à la suite d'une diminution de sa capacité de gain en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne.
- c) Lorsqu'il est impossible de déterminer avec exactitude à quelle année civile correspond une période d'assurance admissible accomplie en vertu de la législation d'une Partie contractante, cette période est présumée ne pas se superposer à une période d'assurance admissible accomplie en vertu de la législation de l'autre Partie contractante.
- d) L'article 15 de l'Entente s'applique par analogie aux prestations qui sont octroyées à la discrétion d'une institution en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne.
- e) Les cotisations obligatoires au Régime de rentes du Québec, relativement à un emploi ou un travail autonome, sont équivalentes aux cotisations obligatoires, relativement à un emploi ou un travail autonome, requises aux termes de la législation de la République fédérale d'Allemagne pour avoir droit à une pension de vieillesse avant l'âge légal prévu ou à une pension pour cause de diminution de la capacité de gain.

14. Relativement à l'article 17 de l'Entente:

Les entreprises minières au sens du paragraphe 1 de l'article 17 de l'Entente sont des entreprises qui exploitent des minéraux ou des substances semblables selon les règles des mineurs ou des pierres et de la terre principalement dans des opérations souterraines.

15. Relativement aux articles 19 et 24 de l'Entente:

Les montants déboursés en espèces en vertu du paragraphe 1 de l'article 19 de l'Entente et les frais prévus au paragraphe 1 de l'article 24 de l'Entente n'incluent pas les dépenses minimales de communication ni le coût du personnel régulier ni les frais administratifs habituels.

16. Zu Artikel 20 der Vereinbarung:

- a) Für Quebec bedeutet der Ausdruck „schutzwürdige Interessen“ die Rechte und Freiheiten, die durch die Charta der Rechte und Freiheiten der Person von Quebec sowie der Charta der Rechte und Freiheiten von Kanada garantiert werden.
- b) Für Quebec bedeutet der Ausdruck „Rechtsvorschriften“ auch die Gesetze und Vorschriften über den Schutz der persönlichen Daten.

17. Bei Anwendung der Vereinbarung werden Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie für Personen, die wegen ihrer politischen Haltung oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung geschädigt worden sind, günstigere Regelungen enthalten, nicht berührt.

Geschehen zu Quebec am 20. April 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

16. Relativement à l'article 20 de l'Entente:

- a) Pour le Québec, l'expression «intérêts légitimes» signifie les droits et libertés garantis par la Charte québécoise des droits et libertés de la personne et la Charte canadienne des droits et libertés.
- b) Pour le Québec, le mot «législation» comprend également les lois et les règlements relatifs à la protection des renseignements personnels.

17. Aux fins de l'application de l'Entente, la législation de la République fédérale d'Allemagne n'est pas touchée dans la mesure où elle comporte des dispositions plus avantageuses pour les personnes qui ont souffert à cause de leurs opinions politiques ou pour des raisons raciales, religieuses ou idéologiques.

Fait à Québec le 20 avril 2010 en deux exemplaires, en langues française et allemande, chaque texte faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Georg Witschel

Für die Regierung von Quebec
Pour le gouvernement du Québec

Pierre Arcand

Vereinbarung
zur Durchführung der Vereinbarung vom 20. April 2010
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Quebec
über Soziale Sicherheit
(Durchführungsvereinbarung)

Arrangement d'application
de l'Entente du 20 avril 2010
en matière de sécurité sociale
entre le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le gouvernement du Québec
(Arrangement d'application)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung von Quebec –

im Einklang mit Artikel 18 Absatz 1 der Vereinbarung vom 20. April 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit, im Folgenden als „Vereinbarung“ bezeichnet –

haben Folgendes vereinbart:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Die Ausdrücke, die in dieser Durchführungsvereinbarung verwendet werden, haben dieselbe Bedeutung wie in der Vereinbarung.

Artikel 2

Verbindungsstellen

(1) Verbindungsstellen nach Artikel 18 Absatz 2 der Vereinbarung sind

1. in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
 - a) für die Rentenversicherung
 - die Deutsche Rentenversicherung Nord, Lübeck,
 - die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin,
 - die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Bochum,
 - b) für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
 - die Deutsche Rentenversicherung Saarland, Saarbrücken,
 - c) für die Alterssicherung der Landwirte
 - der Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, Kassel,
 - d) für die Unfallversicherung

Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et
le gouvernement du Québec –

Conformément au paragraphe 1 de l'article 18 de l'Entente en matière de sécurité sociale du 20 avril 2010 entre le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le gouvernement du Québec, désignée ci-après comme l'«Entente» –

sont convenus des dispositions suivantes:

Titre I

Dispositions générales

Article 1^{er}

Définitions

Les termes utilisés dans le présent Arrangement ont le même sens que dans l'Entente.

Article 2

Organismes de liaison

(1) Sont désignés comme organismes de liaison au sens du paragraphe 2 de l'article 18 de l'Entente:

1. en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:
 - a) pour l'Assurance pension,
 - l'Institution allemande d'assurance pension Nord (Deutsche Rentenversicherung Nord), Lübeck,
 - l'Institution fédérale allemande d'assurance pension (Deutsche Rentenversicherung Bund), Berlin,
 - l'Institution fédérale allemande d'assurance pension pour les mineurs, les cheminots et les marins (Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See), Bochum;
 - b) pour l'Assurance pension supplémentaire des travailleurs de la sidérurgie,
 - l'Institution allemande d'assurance pension de la Sarre (Deutsche Rentenversicherung Saarland), Sarrebruck;
 - c) pour la Sécurité de vieillesse des agriculteurs,
 - l'Association faïtière de sécurité sociale pour les agriculteurs (Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung), Kassel;
 - d) pour l'Assurance accidents,

die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland, Berlin,

- e) soweit die Träger der Krankenversicherung an der Durchführung der Vereinbarung beteiligt sind,
- der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn;

2. in Bezug auf Quebec

- a) für die Rentenversicherung

das Büro für Vereinbarungen über Soziale Sicherheit (Bureau des Ententes de sécurité sociale, BESS), Montreal, oder jede andere von der zuständigen Behörde von Quebec möglicherweise später bezeichnete Stelle,

- b) für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

der Ausschuss für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (Commission de la Santé et Sécurité du Travail, CSST), Montreal.

(2) Bei der Anwendung der Vereinbarung ist innerhalb der Deutschen Rentenversicherung die Deutsche Rentenversicherung Nord, Lübeck, für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und Erbringung der Leistungen zuständig, wenn

1. Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland und nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegt oder anrechnungsfähig sind oder
2. eine Person sich in Quebec gewöhnlich aufhält oder
3. eine Person als kanadischer Staatsangehöriger, der den Rechtsvorschriften von Quebec unterliegt oder unterlegen hat, sich gewöhnlich außerhalb der Hoheitsgebiete der beiden Vertragsparteien aufhält und
4. innerhalb der Deutschen Rentenversicherung die Zuständigkeit eines Regionalträgers gegeben ist.

Dies gilt für Leistungen zur Teilhabe nur, wenn sie im Rahmen eines laufenden Rentenverfahrens erbracht werden.

(3) Die Zuständigkeit der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See bleibt von Absatz 2 unberührt. Die Zuständigkeit der Verbindungsstellen innerhalb der Deutschen Rentenversicherung richtet sich nach den deutschen Rechtsvorschriften.

Artikel 3 **Aufklärung**

Den Verbindungsstellen obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach der Vereinbarung.

Artikel 4 **Verwaltungsvereinbarungen**

Die Verbindungsstellen schließen unter Beteiligung der zuständigen Behörden eine Verwaltungsvereinbarung (accord opérationnel), in der die Verwaltungsmaßnahmen, die zur Durchführung der Vereinbarung notwendig und zweckmäßig sind, festgelegt werden.

l'Assurance accidents obligatoire allemande, Organisme de liaison allemand de l'assurance accidents pour l'étranger (Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland), Berlin;

- e) dans la mesure où les institutions de l'assurance maladie sont concernées par l'application de l'Entente,

l'Association faitière fédérale des caisses-maladie – association faitière GKV, Organisme de liaison allemand de l'assurance maladie pour l'étranger DVKA (Spitzenverband Bund der Krankenkassen – GKV-Spitzenverband, Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland DVKA), Bonn;

2. en ce qui concerne le Québec:

- a) pour le régime de rentes,

le Bureau des ententes de sécurité sociale (BESS), Montréal, ou tout autre organisme que l'autorité compétente du Québec pourra subséquemment désigner;

- b) pour les accidents de travail et maladies professionnelles,

la Commission de la santé et de la sécurité du travail (CSST), Montréal.

(2) Aux fins de l'application de l'Entente, en ce qui concerne l'Institution allemande d'assurance pension, c'est l'Institution allemande d'assurance pension du nord (Deutsche Rentenversicherung Nord), Lübeck, qui est responsable de toutes les procédures y compris la détermination et l'attribution des prestations, lorsque:

1. des périodes d'assurance ont été accomplies ou sont admissibles en vertu des législations de la République fédérale d'Allemagne et du Québec; ou
2. une personne réside au Québec; ou
3. une personne est un citoyen canadien qui est ou a été soumis à la législation du Québec et qui réside hors des territoires des deux Parties contractantes et
4. pour ce qui est de l'Institution allemande d'assurance pension, la compétence revient à une institution régionale.

Ces dispositions s'appliquent aux prestations de participation (Leistungen zur Teilhabe) dans le seul cadre d'une procédure de pension en cours.

(3) La compétence de l'Institution fédérale allemande d'assurance pension et de l'Institution fédérale allemande d'assurance pension pour les mineurs, les cheminots et les marins n'est pas touchée par le paragraphe 2. La compétence des organismes de liaison au sein de l'Institution allemande d'assurance pension est régie par la législation allemande.

Article 3 **Information**

Les organismes de liaison sont chargés, dans le cadre de leur compétence respective, d'informer d'une manière générale les personnes concernées de leurs droits et obligations en vertu de l'Entente.

Article 4 **Accords opérationnels**

Un accord opérationnel (Verwaltungsvereinbarung) établissant les mesures administratives requises et utiles pour l'application de l'Entente sera conclu, avec la participation des autorités compétentes, entre les organismes de liaison.

Artikel 5**Mitteilungen**

Die in Artikel 19 Absatz 1 der Vereinbarung genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit, soweit möglich, einander die Mitteilungen zu machen und die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die zur Erhaltung der Rechte und zur Erfüllung der Pflichten erforderlich sind, die sich für die Beteiligten aus den in Artikel 2 Absatz 1 der Vereinbarung genannten Rechtsvorschriften und der Vereinbarung ergeben.

Artikel 6**Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften**

(1) In den Fällen der Artikel 7, 9 und 10 der Vereinbarung erteilt die zuständige Stelle der Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in Bezug auf die in Betracht kommende Erwerbstätigkeit auf Antrag eine Bescheinigung darüber, dass für den Arbeitnehmer und für den Arbeitgeber oder für die selbstständig erwerbstätige Person diese Rechtsvorschriften gelten. Die Bescheinigung muss in den Fällen der Artikel 7 und 10 der Vereinbarung mit einer bestimmten Gültigkeitsdauer versehen sein. Diese darf in den Fällen des Artikels 7 der Vereinbarung 60 Kalendermonate nicht überschreiten.

(2) Sind die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden, so stellt der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin, diese Bescheinigung aus. In den Fällen des Artikels 10 der Vereinbarung stellt der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn, die Bescheinigung aus.

(3) Sind die Rechtsvorschriften von Quebec anzuwenden, so stellt das Büro für Vereinbarungen über Soziale Sicherheit (Bureau des Ententes de sécurité sociale, BESS), Montreal, die Bescheinigung aus.

Abschnitt II**Besondere Bestimmungen****Kapitel 1****Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten****Artikel 7****Nachweis der Arbeitsunfähigkeit**

Der Versicherte hat die ärztliche Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit dem zuständigen Träger unverzüglich zu übermitteln.

Artikel 8**Anspruchsbescheinigung für Sachleistungen**

(1) Zur Inanspruchnahme von Sachleistungen nach der Vereinbarung hat der Versicherte dem Träger des Aufenthaltsorts eine vom zuständigen Träger ausgestellte Bescheinigung vorzulegen. Kann er eine solche Bescheinigung nicht vorlegen, so fordert der Träger des Aufenthaltsorts diese beim zuständigen Träger an.

(2) Die in Absatz 1 bezeichnete Bescheinigung kann vom zuständigen Träger mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Der Widerruf wird mit Eingang beim aushelfenden Träger wirksam.

Article 5**Renseignements**

Les organismes visés au paragraphe 1 de l'article 19 de l'Entente, dans le cadre de leur compétence respective et dans la mesure du possible, se communiquent tout renseignement et se transmettent tout document nécessaire au maintien des droits et à l'accomplissement des obligations des personnes concernées découlant de la législation spécifiée au paragraphe 1 de l'article 2 de l'Entente et découlant de l'Entente.

Article 6**Certificat d'assujettissement**

(1) Dans les cas prévus aux articles 7, 9 et 10 de l'Entente, l'organisme compétent de la Partie contractante dont la législation s'applique délivre sur demande un certificat attestant, en ce qui concerne le travail en question, que cette législation s'applique à la personne salariée et à son employeur ou à la personne travaillant à son propre compte. Dans les cas prévus aux articles 7 et 10 de l'Entente, le certificat doit indiquer une durée de validité déterminée. Dans les cas prévus par l'article 7 de l'Entente, ce dernier ne doit pas excéder 60 mois civils.

(2) Lorsque la législation de la République fédérale d'Allemagne s'applique, le certificat est délivré par l'institution d'assurance maladie à laquelle sont versées les cotisations relatives aux pensions et, dans tout autre cas, par l'Institution fédérale allemande d'assurance pension (Deutsche Rentenversicherung Bund), Berlin. Dans les cas prévus à l'article 10 de l'Entente, le certificat est délivré par l'Association faitière fédérale des caisses-maladie – association faitière GKV, Organisme de liaison allemand de l'assurance maladie pour l'étranger DVKA (Spitzenverband Bund der Krankenkassen – GKV-Spitzenverband, Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland DVKA), Bonn.

(3) Lorsque la législation du Québec s'applique, le certificat est délivré par le Bureau des ententes de sécurité sociale (BESS), Montréal.

Titre II**Dispositions particulières****Chapitre 1****Accidents du travail et maladies professionnelles****Article 7****Certificat d'incapacité de travail**

L'assuré transmet sans tarder à l'institution compétente le certificat médical d'incapacité de travail.

Article 8**Certificat du droit aux prestations en nature**

(1) Afin de pouvoir recourir aux prestations en nature en vertu de l'Entente, l'assuré doit présenter à l'institution du lieu de séjour ou de résidence un certificat délivré par l'institution compétente. S'il ne peut pas présenter un tel certificat, l'institution du lieu de séjour ou de résidence le demande auprès de l'institution compétente.

(2) L'institution compétente peut révoquer avec effet pour l'avenir le certificat visé au paragraphe 1. La révocation prend effet à la date de la réception par l'institution d'entraide.

Artikel 9**Arbeitsunfallanzeige**

Für die Anzeige des Arbeitsunfalls oder der Berufskrankheit gelten die Rechtsvorschriften der Vertragspartei, die für den Versicherten gelten. Die Anzeige wird dem zuständigen Träger erstattet.

Kapitel 2**Renten****Artikel 10****Antragstellung**

(1) Ein Antrag auf eine Leistung nach der Vereinbarung kann bei den zuständigen Trägern der beiden Vertragsparteien, einer Verbindungsstelle oder bei jeder Stelle gestellt werden, die nach den Rechtsvorschriften der einen oder der anderen Vertragspartei zur Entgegennahme eines Leistungsantrags zugelassen ist.

(2) Wird ein Antrag auf Leistungen nach dieser Vereinbarung in Quebec gestellt, so kann die Verbindungsstelle diesen Antrag an jede der deutschen Verbindungsstellen weiterleiten.

Kapitel 3**Verschiedenes****Artikel 11****Statistiken**

Die Verbindungsstellen oder andere von den Vertragsparteien bezeichnete Stellen erstellen für jedes Kalenderjahr Statistiken über die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gezahlten Leistungen. Die Angaben erstrecken sich, so weit wie möglich, für jede Leistungsart auf die Zahl der Leistungsempfänger und den Gesamtbetrag der Leistungen. Die Statistiken werden ausgetauscht.

Abschnitt III**Schlussbestimmungen****Artikel 12****Inkrafttreten und Vereinbarungsdauer**

Die beiden Regierungen notifizieren einander, dass die internen Verfahren für das Inkrafttreten der Durchführungsvereinbarung erfüllt sind. Die Durchführungsvereinbarung tritt am selben Tag wie die Vereinbarung in Kraft und gilt für dieselbe Dauer.

Geschehen zu Quebec am 20. April 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 9**Déclaration de l'accident du travail**

La déclaration de l'accident du travail ou de la maladie professionnelle s'effectue selon la législation de la Partie contractante à laquelle l'assuré est soumis. La déclaration est adressée à l'institution compétente.

Chapitre 2**Pensions****Article 10****Demande de prestation**

(1) Une demande de prestation en application de l'Entente peut être adressée aux institutions compétentes des deux Parties contractantes, à un organisme de liaison ou à tout organisme autorisé en vertu de la législation de l'une ou de l'autre Partie contractante à recevoir une demande de prestation.

(2) Si une demande de prestation en application de cette Entente est adressée au Québec, l'organisme de liaison peut transmettre cette demande à tout organisme de liaison allemand.

Chapitre 3**Divers****Article 11****Statistiques**

Les organismes de liaison ou d'autres organismes désignés par les Parties contractantes compilent des statistiques relatives aux prestations versées sur le territoire de l'autre Partie contractante, pour chaque année civile. Ces statistiques indiquent, dans la mesure du possible, pour chaque catégorie de prestation, le nombre de bénéficiaires et le montant global des prestations. Ces statistiques sont échangées.

Titre III**Dispositions finales****Article 12****Entrée en vigueur et durée de l'Arrangement**

Les deux gouvernements se notifient mutuellement le fait que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Arrangement d'application ont été remplies. L'Arrangement d'application entre en vigueur à la même date que l'Entente et pour une même durée.

Fait à Québec le 20 avril 2010 en deux exemplaires, en langues française et allemande, chaque texte faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Georg Witschel

Für die Regierung von Quebec
Pour le gouvernement du Québec

Pierre Arcand

Denkschrift

I. Allgemeines

Die **Vereinbarung** regelt in umfassender Weise die Beziehungen zwischen Deutschland und Quebec im Bereich der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung. Sie begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnerinnen und Einwohnern und sieht die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und die uneingeschränkte Rentenzahlung auch bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vor (Leistungsexportprinzip). Die Voraussetzungen für einen Rentenanspruch können durch Zusammenrechnung der jeweils zurückgelegten Versicherungszeiten erfüllt werden. Jede Vertragspartei zahlt aber nur die Rente für die nach ihrem Recht zurückgelegten Versicherungszeiten.

Die Vereinbarung enthält darüber hinaus Regelungen zur Vermeidung der Doppelversicherung in den Hoheitsgebieten beider Vertragsparteien im Falle von vorübergehenden Beschäftigungen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei. Der Entsendezeitraum kann sich auf bis zu 60 Kalendermonate erstrecken.

Im Verhältnis zu Kanada besteht ein Abkommen vom 14. November 1985 über Soziale Sicherheit (BGBl. 1988 II S. 26, 28), modifiziert durch das Zusatzabkommen vom 27. August 2002 (BGBl. 2003 II S. 666, 667). Dieses Abkommen erfasst in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland die Rechtsvorschriften über die Rentenversicherung, die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung, die Alterssicherung der Landwirte und über das Schlussprotokoll die Unfallversicherung (Gleichstellung der Hoheitsgebiete) und die Arbeitslosenversicherung (Bestimmungen über die Versicherungspflicht). In den Bereichen der sozialen Sicherheit, die nicht durch die Regelungen des Abkommens über die Versicherungspflicht koordiniert werden (Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung), können Doppelversicherungen nicht ausgeschlossen werden.

Im Verhältnis zu Kanada war es seinerzeit zu keiner Einbeziehung der gesetzlichen Unfallversicherung in den sachlichen Geltungsbereich des deutsch-kanadischen Abkommens über Soziale Sicherheit gekommen, weil die Gesetzgebungskompetenz für die Unfallversicherung bei den einzelnen kanadischen Provinzen liegt. Es gab und gibt in Kanada keine bundeseinheitliche Unfallversicherung, sondern verschiedene Systeme in den kanadischen Provinzen.

Folglich kann die Unfallversicherung mangels Zuständigkeit der kanadischen Bundesbehörden nicht in den sachlichen Geltungsbereich des deutsch-kanadischen Abkommens über Soziale Sicherheit aufgenommen werden.

Artikel 26 des deutsch-kanadischen Abkommens ermöglicht es aber, dass die Bundesrepublik Deutschland und eine Provinz Kanadas Vereinbarungen im Bereich der Sozialen Sicherheit abschließen können, soweit diese in die Zuständigkeit der Provinz fallen und soweit die Vereinbarungen nicht den Bestimmungen des Abkommens widersprechen.

Von dieser Möglichkeit haben Deutschland und die Provinz Quebec Gebrauch gemacht und am 14. Mai 1987 eine Vereinbarung über Soziale Sicherheit geschlossen. Die Vereinbarung geht auf die besonderen innerstaatlichen Verhältnisse in Kanada zurück und trägt der eigen-

ständigen beitragsbezogenen Rentenversicherung (Quebec Pension Plan) in Quebec Rechnung. Auf deutscher Seite ist der sachliche Geltungsbereich insoweit identisch zum Abkommen mit Kanada. Die Unfallversicherung wurde vom sachlichen Geltungsbereich bisher nicht erfasst.

Die vorliegende neue Vereinbarung soll die deutsch-quebecische Vereinbarung vom 14. Mai 1987 (BGBl. 1988 II S. 26, 51) ablösen. Ziel der Verhandlungen mit Quebec war neben den erforderlichen Anpassungen an das deutsch-kanadische Abkommen auch die Einbeziehung der Unfallversicherung in den sachlichen Geltungsbereich der Vereinbarung.

Eine Doppelversicherung und damit eine doppelte Beitragsbelastung werden dadurch vermieden, dass die in das andere Land entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allein den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei, in der Regel denen des Heimatstaats, unterliegen. Durch die Einbeziehung der gesetzlichen Unfallversicherung gilt dies künftig auch für diesen Bereich, in dem die Arbeitgeber die Beiträge alleine zu tragen haben. Insbesondere für deutsche Arbeitgeber, die in der Provinz Quebec mit Personal aus Deutschland tätig sind, wird dies zu einer deutlichen Beitragsentlastung führen.

Des Weiteren werden künftig vor allem entsandte Personen berechtigt sein, aushilfsweise Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften des Aufenthaltsgebiets in Anspruch zu nehmen. Für die betroffenen Personen bedeutet dies in der Praxis eine einfachere und schnellere Abwicklung, ohne in Vorleistung treten zu müssen; und für die zuständigen Träger der gesetzlichen Unfallversicherung ergeben sich daraus deutlich günstigere Tarife.

Die **Durchführungsvereinbarung** enthält die zur Anwendung der Vereinbarung erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind. Sie betreffen insbesondere Mitteilungspflichten zwischen den Versicherungsträgern beider Vertragsparteien, das Ausstellen von Bescheinigungen und das Verfahren bei Zahlungen in den anderen Vertragsstaat.

II. Besonderes

Artikel 1 der **Vereinbarung** enthält Bestimmungen der in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Durch die Definition häufig verwendeter Begriffe soll die Anwendung der Vereinbarung erleichtert werden.

Artikel 2, der durch Nummer 1 des Schlussprotokolls ergänzt wird, legt den sachlichen Geltungsbereich der Vereinbarung fest, indem er die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennt, auf die sich die Vereinbarung bezieht.

Artikel 3 nennt die Personen, für die die Vereinbarung gilt. Die Vorschrift wird ergänzt durch Nummer 2 des Schlussprotokolls, die für die Bundesrepublik Deutschland die Staatsangehörigen der EU- und der EWR-Staaten sowie der Schweiz mit in den persönlichen Geltungsbereich einbezieht.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Vertragsparteien. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt. Nach Absatz 2 der Bestimmung ist die uneingeschränkte Gleichbehandlung im Leistungsrecht bei Staatsangehörigen der Vertragsparteien auch bei gewöhnlichem Aufenthalt in einem dritten

Staat vorgesehen. Zu Artikel 4 sind unter Nummer 4 des Schlussprotokolls ergänzende Regelungen enthalten. Buchstabe c knüpft für bestimmte Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Quebec das Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung u. a. an die Voraussetzung einer Mindestversicherungszeit in der deutschen Rentenversicherung.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, dass Leistungen auch erbracht werden, wenn sich die leistungsberechtigte Person im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich aufhält. Nummer 5 des Schlussprotokolls enthält hierzu ergänzende Regelungen. Insbesondere bestimmt Nummer 5 Buchstabe c des Schlussprotokolls, dass Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aus der deutschen Rentenversicherung nicht an Berechtigte mit Aufenthalt in Quebec gezahlt werden, wenn bei der Feststellung der verminderten Erwerbsfähigkeit nicht nur der Gesundheitszustand des Versicherten, sondern auch die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine Rolle gespielt hat.

Die Artikel 6 bis 10 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht in der Renten- und Unfallversicherung bei einer Kollision der deutschen und quebecischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung vermieden. Die Bestimmungen werden durch die Nummer 6 des Schlussprotokolls ergänzt. Nach Nummer 6 Buchstabe a des Schlussprotokolls finden auf Personen, die den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland unterstellt sind, auch deren Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung Anwendung. Damit gelten für alle erwerbstätigen Personen im Bereich der Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung nur die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei.

Nach Artikel 6 finden grundsätzlich die Rechtsvorschriften der Vertragspartei über die Versicherungspflicht Anwendung, in deren Hoheitsgebiet die Beschäftigung ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip).

Die Artikel 7 und 8, die durch die Nummern 7 bis 10 des Schlussprotokolls ergänzt werden, regeln bestimmte Fallgruppen. In Nummer 9 Buchstabe a des Schlussprotokolls sind Tatbestände aufgeführt, die einer Entsendung in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei entgegenstehen.

Artikel 9 regelt die Beschäftigung bei öffentlichen Arbeitgebern und wird durch Nummer 11 des Schlussprotokolls ergänzt.

Artikel 10 beruht auf der Erwägung, dass mitunter die auf Grund der vorgenannten Vorschriften vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt, und lässt abweichende Vereinbarungen zu. Die Vorschrift wird durch Nummer 12 des Schlussprotokolls ergänzt.

Die Artikel 11 bis 14 enthalten die besonderen Regelungen für die Unfallversicherung.

Artikel 11 regelt, dass bei der Bemessung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Feststellung des Leistungsanspruchs Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten, die unter den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei eintraten, zu berücksichtigen sind.

Artikel 12 macht bei Sachleistungen die Gleichstellung der Hoheitsgebiete im Falle der Verlegung des Auf-

enthalts von Personen während einer Heilbehandlung in das Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem der zuständige Träger nicht seinen Sitz hat, von der vorherigen Zustimmung des zuständigen Trägers abhängig.

Artikel 13 enthält die Bestimmungen über die Sachleistungsaushilfe durch den Träger des Aufenthaltsorts.

Artikel 14 regelt die Erstattung der Sachleistungsaushilfekosten durch den zuständigen Träger der Unfallversicherung.

Die Artikel 15 bis 17 enthalten die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung.

Artikel 15, ergänzt durch Nummer 13 des Schlussprotokolls, bestimmt, dass Versicherungszeiten, die in der deutschen und quebecischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem für die Wartezeit, zusammengerechnet werden.

Artikel 16 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der quebecischen, Artikel 17 nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften.

Die Artikel 18 bis 26 enthalten Regelungen für das Zusammenwirken der in den Hoheitsgebieten der beiden Vertragsparteien mit der Durchführung der Vereinbarung betrauten Stellen. Die Vorschriften werden durch die Nummern 15 und 16 des Schlussprotokolls ergänzt.

Die Artikel 27 bis 30 enthalten Übergangs- und Schlussbestimmungen.

Nach Artikel 1 der **Durchführungsvereinbarung** haben die in der Vereinbarung verwendeten Begriffe die gleiche Bedeutung wie in der Vereinbarung.

Artikel 2 bestimmt die Verbindungsstellen der beiden Vertragsparteien.

Nach Artikel 3 obliegt den zuständigen Verbindungsstellen die allgemeine Aufklärung der betroffenen Personen über die Vereinbarung.

Artikel 4 ermächtigt die Verbindungsstellen zum Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung.

Artikel 5 regelt die Verwaltungshilfe der Versicherungsträger und der Verbindungsstellen und schreibt die gegenseitige Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

Artikel 6 regelt vor allem für in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei entsandte Arbeitnehmer die Erteilung von Bescheinigungen über die Fortgeltung der Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des sogenannten Entsendestaats.

Artikel 7 regelt den Nachweis der Arbeitsunfähigkeit.

Artikel 8 befasst sich mit der Anspruchsbescheinigung für Sachleistungen.

In Artikel 9 wird die Anzeigepflicht im Falle eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit geregelt.

Artikel 10 regelt die Antragstellung bei Renten.

In Artikel 11 ist festgelegt, dass jährlich Statistiken über die in den jeweils anderen Staat vorgenommenen Rentenzahlungen ausgetauscht werden.

Artikel 12 enthält die üblichen Schlussbestimmungen. Danach ist die Gültigkeit der Durchführungsvereinbarung an die Gültigkeit der Vereinbarung geknüpft.

